

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 150 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 15. Dezember 1933

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Der Ring um Deutschland

Seite 2

„Stunde der Abrechnung“

Seite 3

Schacht verhöhnt

Deutschlands Gläubiger

Seite 4

Das Ende der Prohibition

Lasse für Flüchtlinge

Seite 5

Deutsche Fälscherzentrale gestellt!

Großer politischer Prozeß gegen das gefälschte Protokoll über die angeblichen Kriegspläne der Internationale

Noch immer sind die dokumentarischen Veröffentlichungen des „Petit Parisien“ über die Vergiftung der Weltöffentlichkeit durch vom Reichspropagandaministerium beschlossene Journalisten nicht widerlegt. Die ertappten Berliner haben zwar von Fälschung geredet, aber nicht geringsten Beweis gegen die Echtheit jener Veröffentlichung beigebracht. Statt dessen haben sie die Verleumdung in die Welt gesetzt, der „Petit Parisien“ habe von emigrierten deutschen „Chefredakteuren“ sich gefälschtes Material in die Hand drücken lassen.

Für einen Gegenschlag haben sich der deutsche Reichsjustizminister und die Geheime Staatspolizei mit ihrem meinelidigen Chef die „Saarbrücker Zeitung“ ausgesucht. Wir dürfen wohl annehmen, daß sie damit zugleich ihre Klage an der „Volkstimme“ und der „Deutschen Freiheit“ in Saarbrücken nehmen wollten. Es wurde behauptet, während der Internationalen Sozialistischen Konferenz im August in Paris habe eine Kommissionssitzung unter dem Vorsitz Otto Bauers und unter Beteiligung von Wels, Breitscheid und Höltermann stattgefunden, in der die Deutschen für den bewaffneten Aufstand, für den Präventivkrieg und für den Einmarsch von im Ausland zu bildenden militärischen Formationen nach Deutschland eingetreten seien. Das Saarbrücker Blatt hat trotz unseres fortigen Widerspruchs keine Erklärungen aufrecht erhalten. Das war recht unvorsichtig, denn nun wird es möglich sein, dieses Fälscherkomplott vor Gericht anzuklagen. Der frühere Reichsbannerführer Karl Höltermann, der in dem gefälschten Protokoll am meisten verleumdet wird, ist in Saarbrücken eingetroffen und hat schon Klage gegen die „Saarbrücker Zeitung“ eingereicht. Es war besonders staatspolizeilich, also dumm, ihn in das gefälschte Protokoll aufzunehmen, da er an keiner Sitzung der Sozialistischen Internationale teilgenommen hat und während der Konferenz überhaupt nicht in Paris oder in Frankreich gewesen ist.

Energische Dementis liegen außerdem schon vor von dem Vorsitzenden der Sozialdemokratie Otto Wels und von dem Vorsitzenden der früheren sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Rudolf Breitscheid, außerdem von dem Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale Dr. Friedrich Adler.

Die „Saarbrücker Zeitung“ hat sich nicht damit begnügt, die ihr von berulsmäßigen Fälschern eines meinelidigen Ministers in die Hand gedrückten Fälschungen als Grundlage für eine Rememorandum zu veröffentlichen, sondern auch an einem noch den drei deutschen Politikern „die ganze Ehrlosigkeit ihrer Bestimmung“ zu betätigen. Es sind also breite Grundlagen für einen großen politischen Prozeß vorhanden, der inmitten des umkämpften Saargebietes der Welt offenbaren wird, wie die jetzige deutsche Staatsführung und ihre Presseleute arbeiten. Es ist selbstverständlich, daß die „Saarbrücker Zeitung“ auch nicht den Schatten eines Beweises für ihre ungeheuerlichen Behauptungen in der Hand hält. Ihre Hintermänner und die Redakteure, die sich wider besseres Wissen zu dieser üblen Tat herbeigelassen haben, glauben ungestrukt verleumden zu können, da sie Emigranten für wehrlos hielten. Darin sollen sie sich gründlich getäuscht haben.

Die Fälschung ist um so gewissenloser und einfältiger, als die Beschlüsse der Internationalen Konferenz der S.A.I. in Paris und die Rede des Berichterstatters (nicht Vorsitzenden) Otto Bauer gedruckt vorliegen und jedermann zugänglich sind (Zürich 1933, Verlag Sozialistische Arbeiter-Internationale).

Wie u. a. auf Seite 17 des gedruckten Protokolls zu lesen ist, hat sich Otto Bauer nicht für, sondern gegen einen „Befreiungskrieg“ gewandt. Er sagte nämlich u. a.:

Wider die Illusion des „Befreiungskrieges“

Vor allem erscheint mir außerordentlich wichtig im gegenwärtigen Augenblick die Warnung, daß sich die Arbeiterklasse der demokratischen Länder zu einer Politik des Krieges auch nicht durch den Vorwand der Herrschenden verleiten lassen, daß der Krieg zur Befreiung des deutschen oder des italienischen oder irgend eines anderen Volkes vom Faschismus geführt werde. Wir haben unsere Erklarung

mit den Befreiungskriegen kapitalistischer Regierungen! Kennen wir nicht alle das Manifest der deutschen Fürsten von 1870, daß sie in den Krieg ziehen nicht gegen das französische Volk, sondern gegen den französischen Kaiser? Sie haben den Krieg nach Sedan, nach dem 4. September, fortgesetzt, bis sie das französische Volk selbst zu Boden geworfen hatten. Und mit der umgekehrten Front hat sich daselbe wiederholt nach 1914, der geführt worden ist, um die Welt sicher zu machen für die Demokratie — er hat mit Friedensdiktaturen geendet, deren letztes Resultat die Diktatur Hitlers ist!

Diese Warnung halte ich darum für ungemein wichtig. Wir wollen keinen Krieg und lassen uns für keinen Krieg kapitalistischer Regierungen einspannen, auch nicht unter dem Vorwande, daß er zur Befreiung von Höltern geführt werde“

Das ist wohl deutlich genug. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um die Meinung des österreichischen Führers Otto Bauer und einzelner Gruppen der Internationale, sondern die Konferenz hat sich dem Sekretär Bauers durch eine Resolution angeschlossen, in der es u. a. heißt:

„Die Konferenz nimmt die gemeinsame Resolution des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hinsichtlich des Kampfes gegen den Krieg an. Sie anerkennt für Deutschland wie für alle Länder den Anspruch auf Gleichheit der Rechte und Pflichten, aber sie widerlegt sich jeder Wiederaufrüstung des kriegerischen Apparates, der das deutsche Volk niederhält.“

Die S.A.I. ruft zum Kampfe gegen die durch den Sieg des Faschismus vervielfachte Kriegsgefahr. Die Arbeiter der demokratischen Länder dürfen sich zum Kriege auch nicht unter dem Vorwande verleiten lassen, daß der Krieg im Interesse der Befreiung der Völker vom Faschismus geführt werde; die Völker haben erfahren, daß ein Krieg, als Freiheitskrieg gegen despotische Gewalten geführt, mit imperialistischen Friedensdiktaturen endete, die in den besiegten Nationen der Nationalismus gestärkt und dadurch die Wiederankündigung noch schlimmerer despotischer Gewalten herbeigeführt haben.“

Diese Entschliebung ist so klar und legt unseren politischen Willen so eindeutig fest, daß kein Fälscherdokument, und sei es noch so niederträchtig verlogen, irgendetwie mit Erfolg gegen uns arbeiten könnte.

Die „Saarbrücker Zeitung“ hat ihre Verleumdungen mit dem ungeheuerlichen Anwurf geschlossen: „Es sind nicht nur von tödlichem Haß erfüllte Deutschfeinde, sondern Friedensförderer, die gewissenlos genug sind, ein 60-Millionenvolk in Unheil stürzen zu wollen, nur um ihren Rachedurst befriedigen zu können.“

Mit diesem Unfals vergleiche man die Würde und die Kraft und die für Deutschland Gerechtigkeit fordernde Entschliebung, der die deutschen Delegierten Siegfried Kaufhäuser, Karl Böckel, Erich Ollenhauer, Friedrich Stampfer, Otto Wels zugestimmt haben. Die Verleumder werden und nicht ausweichen können. Die Fälscher und ihre Hintermänner werden sich verantworten müssen.

Dr. Rudolf Breitscheid

schreibt uns:

„Wie ich aus der französischen Presse ersehe, veröffentlicht die „Saarbrücker Zeitung“ ein „geheimes Dokument“, das, wie sie sagt, die Debatten und die Resolutionen der Konferenz der Zweiten Internationale, der im August in Paris stattfand, enthalten soll. Es handelt sich hier, wie ich mit allem Nachdruck behaupte, um einen plumpen Nazi-Schwindel. Es existiert kein geheimes Dokument der Konferenz. Die Verlogenheit der von der „Saarbrücker Zeitung“ verbreiteten Meldung ergibt sich schon aus folgendem: Ich selbst war zu der Konferenz überhaupt nicht delegiert, sondern nur gelegentlich bei den Verhandlungen als Gast anwesend. Höltermann war zu der Zeit, als die Konferenz tagte, überhaupt nicht in Paris, während das gefälschte Nazi-Dokument von den „Delegierten“ Wels, Höltermann und Breitscheid spricht.“

„Grotesk“

Der sozialistische „Populaire“ schreibt u. a.:

„Dort soll von der Vorbereitung eines Einmarsches in Deutschland durch im Ausland organisierte sozialistische Abteilungen die Rede gewesen sein. Dieser Vorschlag soll von den deutschen Sozialdemokraten Wels, Breitscheid und Höltermann gemacht worden sein. Wir erinnern nur daran, daß der sehr ausführliche Bericht über die Konferenz in der Ausgabe des „Populaire“ vom 22. bis 27. August veröffentlicht worden ist. Die gefälschten Beschlüsse sind im „Populaire“ vom 27. bis 28. August gleichfalls veröffentlicht worden. Man braucht sie nur nachzulesen, um zu erkennen, in welchem Maße das „Dokument“ der saarländischen Zeitung grotesk ist. Eine Bemerkung sei uns noch gestattet. Breitscheid hat an den Arbeiten der Konferenz nicht teilgenommen und auf ihr nicht gesprochen. Das Höltermann anbetrifft, war er überhaupt nicht in Paris. Wenn man Fälschungen fabriziert, muß man zum wenigsten derart flagranter Irrtümer vermeiden.“

Darf das Ausland intervenieren?

Von Paul Fauconnet,

Professor der Soziologie an der philosophischen Fakultät der Pariser Sorbonne

Vor vierzig Jahren hat Frankreich eine Erfahrung gemacht, auf die man sich heute mit Zug und Recht berufen kann. Ich spreche von der Affäre Dreyfus. Ein französisches Gericht hatte einen französischen Offizier wegen Hochverrats verurteilt. Dieses Gericht hatte einen Justizirrtum begangen. Es waren Franzosen, die zuerst das unbestimmte Gefühl, später die unbedingte Sicherheit hatten, daß hier ein Justizmord vorliege. Die Mehrzahl der Franzosen aber wollte diesen Justizirrtum nicht zugeben. Ihr Patriotismus widerstrebe diesem Eingeständnis. Mehrere Jahre leidenschaftlichen Kampfes waren notwendig, um durchzusehen, daß der Prozeß wieder aufgenommen und das an einem Unschuldigen begangene Unrecht wieder gutgemacht wurde.

Die „Affäre“ hatte alsbald das Interesse der Allgemeinheit erweckt. Von Zeit zu Zeit nimmt sich die zivilisierte Menschheit einer Gemütsfrage, eines Problems, der Sittlichkeit an. Das sind symbolische Fälle, typische Probleme, denen gegenüber kein Mensch gleichgültig bleiben könnte.

Im Auslande hatte die Allgemeinheit rascher als in Frankreich erkannt, daß ein Justizirrtum begangen worden sei. Die Meinung des Auslandes sah damals in ihrer überwiegenden Mehrheit so klar wie eine französische Minderheit, während die Mehrheit der Franzosen sich durch das Schlagwort von der „rechtskräftig erledigten Sache“ (res judicata) noch täuschen ließ.

Wären die Ausländer, die in der Affäre klar sahen und auch ihre Meinung zum Ausdruck brachten, Feinde Frankreichs? Hat die französische Minderheit, als sie sich auf die Meinung des Auslandes berief, die Interessen Frankreichs verraten? Nicht im mindesten. Die französischen Dreyfusards kämpften für die Ehre ihres Landes, als sie die Menschenrechte verteidigten; es schien ihnen unmöglich, daß die französische Justiz gerecht sein könnte, ohne der menschlichen Gerechtigkeit Genüge zu tun.

Diese Kämpfer für das Menschenrecht haben auch zugegeben, ohne dabei ein Gefühl der Erniedrigung zu empfinden, daß die ausländische Meinung sie unterstützte. Die Ausländer aber, die zu der Mehrheit der Franzosen freimütig sagten: „Ihr irrt.“ sind Freunde Frankreichs gewesen. Diese Kämpfer haben auch begriffen, daß die ausländische Meinung, wenn sie klarer blicken konnte als die französische Meinung, dies deshalb vermochte, weil sie weiter entfernt, weniger von Leidenschaften bewegt, folglich unparteiischer war.

Zur Zeit der Dreyfus-Affäre studierte ich in Berlin. Ich habe unzählige Male mit Deutschen in aller Öffentlichkeit über die Affäre diskutiert. Als Deutsche, von der

Stimme des Gewissens getrieben, in die Affäre eingriffen, indem sie den Franzosen öffentlich ihre Meinung bekanntgaben, habe ich Beifall gesendet. Und als die deutsche Regierung Frankreich offiziell zu verstehen gab, daß ihre Meinung nach ein Irrtum begangen worden sei, wußten ihr die französischen Drehschraube dafür Dank. Und dabei war die Situation damals außerordentlich schwierig, da doch der angebliche Verrat zum Nutzen Deutschlands begangen worden war und Deutsche sich veranlaßt sahen, die feierlichen Behauptungen französischer Generale und Minister zu bestreiten.

Heute richtet die ganze Welt ihre Blicke auf einen deutschen Prozeß, heute ist es eine deutsche Affäre, die die Allgemeinheit in Unruhe versetzt. Eine deutsche Affäre, die zu einer Sache der Menschheit geworden ist.

Wieder einmal kämpft die Gerechtigkeit mit der „Staatsräson“: Die juristische Frage scheint zunächst sehr einfach zu sein: Sind Torgler und die angeklagten Vulgaren Komplizen der Brandstifter? Leider aber hat man eine solche Mentalität geschaffen oder entstehen lassen, daß die erwähnte Frage ihren Sinn geändert und anscheinend folgende Bedeutung gewonnen hat: Sind sie für oder gegen die neue Regierung Deutschlands?

Das Ausland hat kaltes Blut. Es fürchtet, daß die öffentliche Meinung Deutschlands, die überhitzt worden ist, mindestens zu einem Teil nicht mehr die nötige Ruhe hat, um kaltblütig zu urteilen.

Das Ausland bemerkt seine Freiheit der kritischen Prüfung. Es fragt, ob Deutschland nicht im gegenwärtigen Augenblick auf diese Freiheit verzichtet hat.

Mit Staunen hat das Ausland erlebt, wie ein Mann, der eine der höchsten Regierungsstellen in Deutschland einnimmt, vor dem Gericht erschien, nicht etwa, um sachlich auszusagen, sondern um persönliche Überzeugungen zu vertreten und eine Verurteilung der Angeklagten zu fordern.

Das Ausland hegt keinen Argwohn gegen die Unparteilichkeit der Richter. Es gibt, frei von jeder Ironie, zu, daß die Richter ihre Pflicht tun wollen. Aber können sie ihre Pflicht tun? Bewahren sie sich inmitten der entfesselten Leidenschaften die stille Freiheit, die notwendig ist, um die Argumente der Anklage nach ihrem richtigen Wert einzuschätzen?

Man muß sehr wohl anerkennen, daß die Argumente dieser Anklage fast allen rechtlich Denkenden, die nicht in Deutschland leben, sehr schwach scheinen. Meiner Meinung nach kann man bestimmt behaupten, daß ein internationaler Gerichtshof, der das Beste verkörpern würde, was es im Gewissen der Menschheit gibt, die Angeklagten wegen Mangels an Beweisen freisprechen würde.

In der Regel findet jedes Gerichtsverfahren öffentlich statt. Diese Öffentlichkeit ist nicht nur eine Sicherheit für die Angeklagten, sondern auch für die Richter. Sie hilft ihnen, sich ihrer selbst zu entäußern und im Namen der Gerechtigkeit zu sprechen. Aber wo hört die Öffentlichkeit auf? Im allgemeinen ist sie bloß örtlich oder auf ein Land beschränkt. Ausnahmsweise — und das ist hier der Fall — erstreckt sich diese Öffentlichkeit über die ganze Welt. Wie kommt es, daß die Menschheit erstaunt ist und bereits empört zu werden beginnt, wenn gewisse Deutsche ihrer Überzeugung von der Schuld der Angeklagten Ausdruck geben, gegen die, wie es der Allgemeinheit scheint, im öffentlichen Verfahren nur schwache und unzuverlässige Beweise vorgebracht wurden?

Der Grund liegt darin: Die Menschheit will nicht zugeben, daß die im Prozeß gestellte Frage eine Staatsangelegenheit ist. Es ist nicht wahr, daß das moralische Interesse Deutschlands oder etwa das moralische Interesse seiner Regierung auf dem Spiel stünde und eine Verurteilung der Angeklagten erfordert. Das moralische Interesse Deutschlands liegt darin, daß Gerechtigkeit geübt werde, daß ganz Deutschland, wenn in den Gemütern wieder Ruhe eingetreten ist, seinen Richtern und die Welt Deutschland recht gibt.

Das Ausland hat keinerlei Sympathie für die Brandstifter, in seiner Gesinnung ist es auch nicht kommunistisch. Aber die Meinung des Auslandes stellt sich besorgt die Frage, ob diese Angeklagten wirklich Brandstifter sind. In der Tatsache, daß sie Kommunisten sind, erblickt die Meinung des Auslandes keinen stichhaltigen Grund, um zu konstruieren, daß sie das Verbrechen begangen haben, das man ihnen vorwirft.

Diese Broschüre greift Deutschland nicht an. Sie zeigt keinerlei Feindseligkeit gegen Deutschland. Sie ist vielmehr von dem freundschaftlichen Empfinden befeelt, Deutschland, solange es noch Zeit ist, zu warnen, daß es vielleicht unmittelbar bevor steht, einen Justizirrtum zu begehen oder begehen zu lassen, den es später sich selbst und den ihm die ganze Welt vorwerfen würde.

Schauspieler ermordet

Der Tod Paul Ottos bestätigt

Ähnlich gingen Nachrichten durch die Presse, daß der früher am Berliner Staatstheater tätige begabte Schauspieler Paul Otto von SA ermordet worden sei. Wir haben auf die Widergabe dieser Nachricht verzichtet, weil wir sie nicht für ausreichend bezeugt hielten. Jetzt wird sie uns in einem Briefe aus Berlin in vollem Umfange bekämpft. Otto ist kürzlich, nachdem er mehrere Tage vermißt worden war und allgemein im Konzentrationslager vermutet wurde, mit einem doppelten Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die furchtbaren Verletzungen waren tödlich. Alle Umstände lassen darauf schließen, daß Mord vorliegt. Otto war Kommunist, jedoch ein ideal gesinnter Mensch, der sich bei seinen Kollegen großer Beliebtheit erfreute und für sein Theater Obmann der Genossenschaft war. Den Mitgliedern des Staatlichen Schauspielhauses ist ausdrücklich untersagt worden, an seiner Verurteilung teilzunehmen. Ueber die Gründe für diese Maßregel wird sich niemand im Unklaren sein.

Bankräuber mit Rundfunk

Chitons, 14. Dez. Sieben Banditen überfielen gestern die hiesige Unio Früh Sparbank, überwältigten fünf Bankbeamte, verbanden ihnen die Augen, sprengten 333 Stahlschammern auf und entkamen mit einer reichen Beute an Schmuckstücken, Wertpapieren und Bargeld. Die Verbrecher hatten einen tragbaren Rundfunkapparat bei sich, mit dessen Hilfe sie während der Plünderung den Volksempfänger überwachten, um festzustellen, ob Alarm geschlagen werde.

Der Ring um Deutschland

Frankreichs Sicherung durch sein Bündnissystem

Paris, 14. Dez. Die deutschen Forderungen auf Gleichberechtigung beziehen sich auf die Erhöhung der deutschen Armestärke von 100 000 auf 200 000 Mann, auf die Ermächtigung zur Führung von 150 Millimeter-Kanonen sowie auf den Bau von Militärflugzeugen, Tauchbooten und U-Booten. Die artilleristischen Forderungen erstrecken sich sowohl auf Feldgeschütze wie Haubitzen. Ob diese Forderungen schon unter den englischen Vorschlägen aufgestellt sind, ist zu mahigen, oder die ursprünglichen Forderungen darstellen, ist nicht genau zu ermitteln. Jedenfalls ist auf dieser Grundlage eine deutsch-französische Einigung nicht möglich, da sie selbst den im Macdonaldplan vorgezeichneten Umfang der Streitkräfte überschreiten.

Lord Drexell ist wieder in Paris eingetroffen. Angeblich konnte der britische Vorkämpfer aus Übermüdung nicht sofort bei Paul-Boncour vorprechen. Dieser Hinweis zeigt jedenfalls, wie schwierig die Verhandlungen in London gewesen sind. Lord Drexell hat im Auftrag Frankreichs dem britischen Kabinett die Frage vorgelegt, ob England wirklich gewillt sei, die Abrüstungsfrage dadurch zu lösen, daß sich die hochgerüsteten Länder und die zwangsweise abgerüsteten Länder auf halbem Wege entgegenkommen, und ob England bereit sei, Frankreichs Sicherheit hinreichend und bindend zu garantieren.

Lord Drexell soll mit wenig zufriedenstellenden Antworten nach Paris zurückgekehrt sein. Infolgedessen ist mit einem Fortschritt in dem deutsch-französischen Gespräch einstweilen nicht zu rechnen. Der außenpolitische Blick richtet sich auf die Verbündeten Frankreichs im Osten. Der rumänische Außenminister Titulescu hat gelegentlich seinen Besuch bei dem tschechischen Außenminister Benesch vor den Pressevertretern u. a. gefolgt:

Revision bedeutet Krieg. Ich will nicht den Krieg, aber eben deswegen will ich auch nicht die Revision. Wenn jemand die Revision und den Krieg will, werden wir uns nicht fürchten und hart genug sein, diesen Angriff abzuschlagen. Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei sind eine Familie.

Frankreich hat also bei jedem Versuch einer Vertragsrevision — und die Abrüstungsfrage gehört dazu — den festen Willen des Staatenblocks von Polen über Ungarn bis zum Balkan auf seiner Seite, und die französische Außenpolitik hält den Ausbau dieses Bündnisbündnisses für wichtiger und realer als etwa einen Nichtangriffspakt mit Deutschland. Man beruft sich auf die Existenz des Locarno-Vertrages und des Kellogg-Paktes und ist mit Recht sehr mißtraulich gegenüber allen vertragmäßigen Zusicherungen des „dritten Reichs“.

Zurück zur Kontrollperiode

enb. Paris, 14. Dez. In einer Meldung aus London berichtet die Agentur Havas über die Auffassung der offiziellen englischen Kreise hinsichtlich des Ergebnisses der bisherigen Fühlungsnahme in der Abrüstungsfrage. In diesem Bericht heißt es, die Hoffnungen, die man in London auf direkte deutsch-französische Besprechungen gesetzt habe, seien zum großen Teil verfliegen. Deshalb glaube man in England jetzt vor der Alternative zu stehen, entweder eine längere Vertagung der Abrüstungskonferenz ins Auge zu fassen, oder sich für eine Wiederaufnahme der Genfer Arbeiten auszusprechen. Die erste Möglichkeit scheint bereits jetzt ausgeschlossen zu sein. Unter diesen Umständen, so werde heute von gewissen politischen Persönlichkeiten erklärt, könne man damit rechnen, daß England dafür eintreten werde, gemeinsam mit Frankreich nach einem Kompromiß zwischen dem ursprünglichen Plan Macdonalds und dem abgeänderten Plan vom 14. Oktober zu suchen. Da der Macdonald-Plan Deutschland nicht die von ihm geforderten

Effektivebindungen gewähre, trete man dem Gedanken näher, Deutschland eine gewisse Genußnahme vielleicht dadurch zu geben, daß man die sogenannte Versuchsperiode neu gestalte. In den meisten Kreisen herrsche jedenfalls die Auffassung vor, daß man zur Abfassung eines Abrüstungsabkommens entschlossen gelange müsse. Wenn Frankreich und England sich auf ein derartiges Abkommen einigen würden, wäre es, so meine man, Sache Deutschlands, darüber zu entscheiden, ob es dem Beitreten wolle oder nicht.

Die „Auldauer Zeitung“ ist bis zum 20. d. M. polizeilich verboten worden.

Hendersons Rede

Vor einigen Tagen soll Henderson gelegentlich des Besuchs des Generalsekretärs des Völkerbundes Koenig vor Mitgliedern des britischen Unterhauses u. a. gefolgt haben:

„Der heute an Deutschland Kritik übt, muß berücksichtigen, was in Deutschland nach dem Kriege vorgegangen ist. Während 15 Jahren wurde Deutschland durch Frankreich im Zustand der Unterdrückung gehalten. — bis zur Keimung Brünung. Dann wurde ihm die Gleichberechtigung versprochen, die man ihm bis heute nicht gewährt hat. Das Ergebnis war, daß die deutsche Emotion unanheimlich geworden ist.“

Wegen dieser „antifranzösischen“ Rede wurden heftige Angriffe gegen Henderson gerichtet. News Chronicle schreibt, daß die Angriffe gegen Henderson vollkommen unbegründet seien.

„Sehr spät am Abend“, schreibt der Berichterstatter, habe ich Henderson darauf hingewiesen, welche Bewegung und welche Mißverständnisse seine Rede hervorgerufen habe, und der Präsident der Abrüstungskonferenz erklärte mir:

„Es war für niemand eine Überraschung, daß Deutschland aus dem Völkerbund austrat. Wenn man seine Forderungen etwas verständnisvoller behandelt hätte, wäre jeder Schritt zu vermeiden gewesen. Es ist unfinnig zu behaupten, ich habe eine antifranzösische Rede gehalten. Ich habe nichts derartiges getan.“

Der Redakteur des „Daily Herald“ berichtet, daß Henderson über die völlig falsche und mißverständliche Interpretation seiner Rede verärgert ist und sich vor allem darüber beklagt, daß man seine vollkommen loyalen Ausführungen als einen Anstoß auf die französische Reaktion ansah. Er fordert von Austin Chamberlain, einen offiziellen Bericht über seine tatsächlichen Ausführungen herauszugeben. Es ist zu wünschen, schreibt der Berichterstatter des „Daily Herald“, daß in dieser an und für sich schon schwierigen politischen Situation weder die französische Regierung noch die französische Öffentlichkeit sich von entstellenden und keineswegs den Tatsachen entsprechenden Meldungen über Äußerungen in einer geheimen Besprechung beeinflussen läßt.

Die spanischen Unruhen

Paris, 14. Dez. Davos berichtet aus La Coruna, daß in Odeiros Extremisten verhaftet, das Rathaus zu bürmen. Sie wurden aber abgemeldet. Unweit des Bahnhofs von Cambre haben Extremisten die Schienen auf 17 Meter Länge zerstört; jedoch wurde der Schaden rechtzeitig wieder ausgebessert. In San Pedro de Ros sollen die Bewohner den „steimachenden Kommunismus“ ausgerufen und die Abwesenheit der Zivilgarde, die gerade die Eisenbahnstrecke überwachte, benutzt haben, um die Kaserne der Zivilgarde zu bürmen. Die Kinder der Zivilgarde, die sich in der Kaserne befanden, sollen getötet worden sein.

Im übrigen liegt eine Havasmeldung aus Madrid vor, die über Erklärungen des Innenministers Aufschluß gibt, der mitteilt, daß in der Provinz Ourense ein Dynamitlager entdeckt und 17 Perlonen verhaftet worden seien. In Valencia ist unweit der Eisenbahnstrecke eine große Bombe explodiert und der Schienenweg auf mehrere Meter aufgerissen worden.

Der Oberreichsanwalt spricht

Für die Schuld der Kommunisten

Wetzlar, 14. Dez. In der Donnerstagssitzung des Reichstagsbrandstiftungsprozesses erhielt sofort der Oberreichsanwalt das Wort zur weiteren Begründung der Anklage. „Meine Aufgabe“, so erklärte Oberreichsanwalt Dr. Werner, wird es sein, den Versuch zu machen, darzulegen, ob die Annahme der Anklage zutreffend ist, daß die Mittäter Torgler bei der Tat die Angeklagten Torgler, Dimitroff, Popoff und Tanciff sind.

Jegendeine Person, die unmittelbar Kenntnis davon erhalten hat, daß diese vier Angeklagten an der Tat beteiligt waren, ist nicht vorhanden.

Die übrigen Angeklagten sind während und nach der Tat am Tatort nicht gesehen worden. Ihre Schuld kann deshalb nur nachgewiesen werden durch Umstände, die darauf hindeuten, daß sie mit der Tat in Verbindung stehen müssen. Wir müssen zunächst bei den Angeklagten fragen: Konnten sie nach verständigen Erwägungen für sich einen Vorteil von der Sache erwarten, konnte der erwartete Vorteil für sie ein Impuls für die Tat sein? Bei dem politischen Charakter des Deliktes kommt der politische Vorteil für politische Gruppen in Frage. Da die Angeklagten alle Kommunisten sind, wird die Frage so zu stellen sein:

Hätte die SPD, ein Interesse an der Tat und konnte sie von ihr unter Berücksichtigung der damaligen politischen Lage einen Vorteil von der Tat für die SPD, und ihre Ziele erwarten? Diese Frage, betont der Oberreichsanwalt, ist unbedingt zu bejahen.

Wenn der SPD, ihre Absicht gelungen wäre, hätte sie zweifellos einen ganz erheblichen Vorteil von der Sache gehabt, sie wäre an die Macht gelangt und hätte damit ihr Ziel erreicht, das sie seit vielen Jahren vergeblich zu erreichen versucht hat. Aber selbst wenn die SPD, damit rechnete, daß die Sache erfolglos ausliefe, so bestand immer noch die Möglichkeit, die mihlungene Tat auszunutzen, wie sie es so auch versucht hat, diese Tat ihren politischen Gegnern, den Rationalsozialisten, anzudichten. Daß die Sache nachher ganz anders ausgegangen ist, daß die erste und auch die zweite Erwägung schiefgeschlagen sind, ändert nichts an der

Tatsache, daß die Erwägungen angefaßt wurden und daß sie unter Umständen auch die Möglichkeit eines Erfolges in sich trugen. Die Täter mußten also in der SPD, oder in den Verbänden gesucht werden, die mit den Zielen der SPD sympathisieren.

Die Verhandlung dauert fort.

Tuberkulose werden sterilisiert

Auf einer Tagung der Vereinigung der Kommunal-, Schul- und Fürsorgeärzte in Gemeinschaft mit dem Reichstuberkulose-Ausschuß in Eilenach, sagte ein Herr Dr. Adert-Ettin (Soziale Praxis 47): „Menschen mit akutem Körperbau, fortgeschrittener Erkrankung bei sozialen und antisozialen Offentuberkulosen“ seien „in das Reich zur Verbütung erkrankten Nachwuchs (Sterilisationsgesetz) einzubeziehen.“ Ein anderer Gelehrter Dr. Gebhard-München meinte in seinem Vortrage „Die ärztlichen Aufgaben im Arbeitsdienst“, daß diese das „Hauptziel“ hätten, die Jugend des Volkes im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erziehen, wozu man freilich weder ein Hörrohr, noch einen Röntgenapparat braucht. Schlichtlich befaßte sich Dr. Teiler-Werthe mit der Frage des idiotischen Kinder und schloß vor, nicht nur die im jugendlichen Alter Sozialen, sondern auch die leicht Schwachsinnigen „von der Fortpflanzung auszuscheiden“ zu lassen, jeder der den Nazis nicht paßt, ist sozial und wird kurzer Hand sterilisiert. Wenn diese Art von Ärzten lang wirtschaften darf, wird das deutsche Volk bald gut aussehen. Wie wäre wenn man diese Sozialhygieniker sterilisieren würde, aber gründlich!

Der „Nährer“ und der preussische Ministerpräsident gaben zu Ehren des italienischen Staatssekretärs Sussani ein Staatsessen.

Der Verlag der Berliner Hörzeitung hat die Tageszeitung „Berliner Hörzeitung“ durch Paul erworben.

Nach Meldungen aus Nordenspa sowie aus Italien hat die Ralte Karl zugunommen.

Außenminister Benesch ist nach Paris abgereist.

„Die Stunde der Abrechnung“

Reden der Anklagevertreter im Leipziger Prozeß

Berlin, 13. Dez. Heute vormittag wurden die Verhandlungen im Reichstagsbrandstiftungsprozeß wieder aufgenommen. Die restlichen Verhandlungen sollen nunmehr möglichst beschleunigt werden, damit das Urteil noch vor Weihnachten gesprochen werden kann. Vor den Plädoyers der Reichsanwaltschaft ist noch ein geringer Rest der Beweisaufnahme zu erledigen.

Der Gerichtschreiber Dr. Schab erklärt zu Beginn der Verhandlung, eine genaue Prüfung der Schrift des Zeugen Werner Dirsch, alias Peter und Popoffs Bekannter gleichen Namens habe zweifelsfrei ergeben, daß eine Identität zwischen den Quittungen und der Schrift des Werner Dirsch nicht besteht.

Schlieflich wird noch die Auskunft des Polizeiführers Best in Düllesdorf verlesen, in der es heißt: Im Hinblick auf die Gefahr des bewaffneten Aufstandes der KPD, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war dem höheren Polizeiführer West zunächst durch den Ministerpräsidenten Göring besondere Vollmacht für den Bereich der Provinz übertragen. Diese Vollmacht bezweckte eine Zusammenfassung sämtlicher Polizeikräfte unter einheitlicher Führung insbesondere auch für Sonderaktionen gegen Kommunisten, um deren Tätigkeit lahmzulegen. Für den akuten Fall bedurfte es daher keines einzelnen Befehles.

Vor dem Beginn der Plädoyers wird eine kurze Pause eingelegt.

Er redet über „Politik“

Oberreichsanwalt Dr. Werner nimmt nun das Wort zu seinem Plädoyer. Er führt u. a. aus: Mit dem heutigen Tage treten wir in das letzte Stadium eines Verfahrens ein, das wohl das umfangreichste ist, das seit Bestehen des Reichsgerichtes vor seinen Schranken verhandelt worden ist. Die Länge des Verfahrens war bedingt durch die außerordentlich große Genauigkeit und durch die peinliche Sorgfalt, mit der allen Momenten nachgegangen worden ist. Es mag Leute geben, die diese minutiöse Verhandlung nicht für notwendig erachtet haben. Im großen und ganzen vermag ich dieser Auffassung nicht beizutreten. Die besondere Genauigkeit und Feinsichtigkeit der Verhandlung war geboten durch die Bedeutung der Sache, die hier verhandelt worden ist. Der Deutsche Reichstag ist das Opfer eines verbrecherischen Anschlages geworden, das Reichstagsgebäude, das an seiner Stirnseite die Widmung „Dem deutschen Volke“ trägt. Der Anschlag galt also nicht nur dem Gebäude, sondern er galt symbolisch dem deutschen Volke.

Die Anklage steht deshalb auf dem Standpunkt, daß dieser verbrecherische Anschlag das Verbrechen der Verfassungsverletzung gegen das Deutsche Reich darstellt, um das Deutsche Reich zu zertrümmern und an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats, einen Sowjetstaat von Unabwiesbarkeit zu setzen.

Der Oberreichsanwalt beschuldigte sich dann (in heuchlerischem Geize) mit dem sogenannten Braunbuch und betonte, daß die Verfasser dieser „Schmutzigen Tendenzschrift“ zu den Leuten gehören, die es im Bewußtsein ihres „vollverbrecherischen Verhaltens“ nach Errichtung des neuen Reiches für zweckmäßig gehalten haben, den Stand Deutschlands von ihren Füssen zu schütteln und die nunmehr ihre ohnmächtige Wut über das Nichtgelingen ihrer „verbrecherischen Pläne“, ihren Krazer und ihre Enttäuschung durch Beschmutzung des deutschen Volkes abzureagieren suchen. Trotzdem sei der Senat in einigen Fällen auf das Braunbuch eingegangen und habe die hauptsächlichsten Lügen widerlegt. Die Verhandlungen des Londoner Ausschusses bezeichnete der Oberreichsanwalt als protest. Er wies in diesem Zusammenhang auf ein Interview des schwedischen Kriminalpsychologen (?) Södermann hin, der u. a. erklärte: Der amerikanische Rechtsanwalt Hayes hat in Paris vor der Kommission geäußert, er betrachte von der Pubbe als schuldig, er habe aber aus allen logischen Anzeichen den Schluss gezogen, die Nationalsozialisten würden hinter dem Ganzen. In Berlin hat indessen Hayes zu mir (Södermann) geäußert, nach seiner Ansicht hätte die nationalsozialistische Regierung mit der Angelegenheit nichts zu tun, aber er habe mit dieser Meinung nicht recht hervortreten wollen und sage das erst nachträglich, da er sich sonst Unannehmlichkeiten zugezogen hätte.“ Der Oberreichsanwalt weist darauf hin, daß Hayes Mitglied der Londoner Untersuchungskommission war, und betont, daß diese Äußerung Hayes' schlagartig den Geist beleuchtet, in dem die Kommission gearbeitet habe. Man werde sich dieser mannhaften Ueberzeugungstreue erinnern müssen wenn die Kommission sich noch einmal bemühen müßten, in der Öffentlichkeit zu dem Verfahren Stellung zu nehmen.

Der Oberreichsanwalt

beschuldigte sich dann mit dem Angeklagten van der Pubbe und erklärte, er habe daran fest, daß es sich bei van der Pubbe um einen Kommunisten handele, obwohl er selbst dies bestritt und auch die übrigen Angeklagten diese Tatsache bestritten werden. Der Oberreichsanwalt schilderte kurz den Lebenslauf van der Pubbes und unterstrich dabei besonders, daß ein Austritt aus der Partei nicht notwendig eine Trennung von einer Partei bedeute, sondern sehr oft sogar eine engere Bindung an die Ziele der Partei mit sich bringe. (Der Oberreichsanwalt hat wohl hier die Nazireise und Tornuna vor Augen.) Zudem habe sich van der Pubbe nach seinem Austritt weiter im Sinne der Partei betätigt und auch bis in die letzte Zeit hinein mit führenden Angehörigen der KPD Verkehr unterhalten.

Van der Pubbe, fuhr der Oberreichsanwalt fort, war mit der kommunistischen Partei nur deshalb nicht einverstanden, weil nach seiner Auffassung die Führer nicht energisch genug waren. Den Anstoß dazu wollte er geben. Was er dabei im Auge hatte, konnte nicht anders sein als „eine kommunistische Revolution“. Es war ihm bekannt, daß eine solche Revolution seit vielen Jahren planmäßig vorbereitet wurde. Es war die einzige Revolution, die überhaupt in Frage kommen konnte, wenn man von einer Revolution sprach, die die Arbeiter an die Macht bringen sollte. Selbst wenn vielleicht diese kommunistische Revolution in ihrem Endziel nicht ganz dem entsprach, was Pubbe als Ideal vorläge, so hat er mindestens diese Revolution als einen Uebergang betrachtet, über den man zur Erreichung dieses Zieles kommen konnte. Es kann nicht dem mindesten Zweifel begegnen, daß van der Pubbe durch seine Tat eine kommunistische Revolution zum Ausbruch bringen wollte. Unter diesen Umständen wird niemand die KPD, von der moralischen Verantwortung für diese Tat entbinden können.

Der Oberreichsanwalt bemüht sich dann auftragsgemäß eingehend um

die „Rechenungen, Methoden und Ziele der kommunistischen Partei“, um die Lage zur Zeit des Reichstagsbrandes zu beleuchten.

Die kommunistische Partei habe, so betonte Dr. Werner, seit ihrem Niedergang trotz zahlreicher Änderungen der Methoden unentwegt das Ziel verfolgt, das Deutsche Reich zu zerstören

und die Diktatur des Proletariats, einen Sowjetstaat nach russischem Muster, zu errichten. Der Oberreichsanwalt erinnert an die zusammengebrochenen Aufstände der Jahre 1919, 1920 und 1921 und wies darauf hin, daß die kommunistische Partei 1923 ihre Taktik habe ändern müssen, weil sie die Notwendigkeit eingesehen habe, zuerst einmal die Massen der Arbeiterschaft hinter sich zu bringen. Nach 1923 habe dann eine außerordentlich intensive Bearbeitung der ganzen Bevölkerung durch unzählige Presseerzeugnisse eingesetzt, in denen immer wieder betont wurde, daß die Zustände in Deutschland für die Arbeiterschaft untragbar seien und daß nur die KPD, dem durch Revolution als einzigen Ausweg abhelfen könne.

Der Rotfrontkämpferbund, fuhr Dr. Werner fort, war diejenige Organisation, die die „Terrorakte“ vorzunehmen hatte, die die Partei sich scheute von Partei wegen zu unternehmen. Die Partei hat immer betont, daß sie solche Terrorakte ablehne; aber sie ist niemals gegen Parteimitglieder vorgegangen, die als Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes an solchen Aktionen beteiligt waren. Der Kämpferbund gegen den Faschismus ist als eine Fortsetzung des Rotfrontkämpferbundes anzusehen. Als besonders kennzeichnend für die Vorbereitung des gewalttätigen Umsturzes bezeichnete der Anklagevertreter die kommunistischen Schulungsstufen und die sich in der letzten Zeit vervielfältigenden Diebstähle von Waffen und Sprengstoffen.

Der Oberreichsanwalt schildert dann ausführlich die kommunistische Erziehungsarbeit in Reichswehr, Polizei usw.

Reichsanwalt Parrisius

In der Nachmittags Sitzung ergriff der zweite Anklagevertreter, Landgerichtsdirektor Parrisius, das Wort. Er beschäftigte sich ausschließlich mit dem Hauptangeklagten van der Pubbe.

Der Reichsanwalt schilderte dann die Brandstiftung, wie sie sich nach den Befundungen von der Pubbe angegetragen haben soll, und erklärte, daß die Anklage im Gegensatz zu den Befundungen van der Pubbes davon ausgehe, daß

van der Pubbe die Tat nicht allein begangen haben könne.

Unwahr sei die Angabe van der Pubbes, daß er niemals vor der Brandstiftung im Reichstagsgebäude gewesen ist, denn nach Zeugnisaussagen siehe ich, daß er an einer Führung teilgenommen hat. Die Hauptverhandlung hat ferner einen lückenlosen Beweis dafür erbracht, daß so, wie Pubbe es darstellt, die Brandstiftung unmöglich erfolgt sein kann, sondern daß er auf jeden Fall bei der Tat Mittäter oder Haupttäter gehabt haben muß. Zunächst fällt auf, daß die Brandstiftung zu einer Zeit ausgeführt wurde, die außerordentlich günstig war und eine genaue Kenntnis der Kontrollgänge im Reichstag vermuten läßt. Diese Kenntnis kann er nur durch Personen erlangt haben, die genau in den inneren Dienstbetrieb des Reichstages eingeweiht gewesen sind. Alle drei Sachverständigen sind auf ganz verschiedenen Wegen zu dem Ergebnis gelangt, daß der Brand im Plenarsaal vorher von anderen Personen vorbereitet worden sein müsse, und zwar können die Vorbereitungen erst kurze Zeit vor 21 Uhr erfolgt sein. Man wird annehmen müssen, daß diese Täter mit den Verantwortlichen ganz genau vertraut gewesen sind.

Der Reichsanwalt erörtert dann die verschiedenen Möglichkeiten, wie die Mittäter van der Pubbes mit dem Brandmaterial in den Reichstag gelangt sind und wie sie ihn wieder unbemerkt verlassen haben können. Wenn man die Teilnahme von Mittätern für erwiesen hält, so erhebt sich die Frage, weshalb die Mittäter nicht schon vorher in der Kasse der Mittäterschaft, im zweiten Falle Nebentäterschaft in Frage. Dann muß er einen bestimmten Auftrag zur Brandlegung im Restaurant und im Erdgeschoss bekommen haben. Die Mittäter hatten sich auch kein Gewissen daraus gemacht, Pubbe für die Aktion dort anzulegen, wo seine Teilnahme so gut wie sicher war. Er sollte den Prüfer haben für die anderen abgeben, die auf diese Weise hofften, im Hintergrund bleiben zu können. Pubbe war ein Mensch, der für eine solche Tat ausgerechnet zu gebrauchen war, denn

alle Anzeichen deuten darauf hin, daß er in der Bahnidee lebte, einst in der Geschichte der Revolution als unsterblicher Held gefeiert zu werden.

Van der Pubbe wird nach der Anklage nicht nur beschuldigt, die Brandstiftungen angeleitet zu haben, sondern ihm wird weiter vorgeworfen, sich des Hochverrats schuldig gemacht zu haben. Damit kommen wir zu den Beweggründen

18 Monate Gefängnis für einen Brief

für einen Brief

Das Sondergericht in Dortmund verurteilte die 23jährige Hausdame Hedwig Hode aus Bochum-Geithe zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Die Angeklagte, die der SPD angehört, verurteilte, wie die Anklage behauptet, ihre ins Ausland geflüchteten Genossen mit Graueln nachrichten. Obwohl sie bei der Uebermittlung dieser Briefe recht vorsichtig war, fiel sie doch eines Tages damit herein.

Sie hatte einem jungen Mädchen, das nach Holland reiste, einen Brief nach Frankreich mitgegeben mit der Bitte, diesen in Holland auf die Post zu geben. Bei der Grenzkontrolle wurde dieser Brief, der alle möglichen Grauelmärchen enthält, gefunden. Die Angeklagte leugnete vor Gericht nicht, diesen Brief geschrieben zu haben und behauptete sogar, daß sie der Ueberzeugung sei, daß ihre Wahrnehmungen der Wahrheit entsprächen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis.

Geheimprozeß gegen Nazis

(Anfrage) Im Gerichtsgebäude in Raabitz wird ein Geheimprozeß gegen Nazis verhandelt, über den jede Nachricht in der deutschen Presse verboten ist. Kein Zuhörer wird in diesem Prozeß zugelassen.

Es handelt sich bei den Angeklagten um SA., SS- und Stahlhelmleute, die sich vor mehreren Wochen in Starogard einen hitlerianischen Strahlenkampf lieferten. Im Gefecht wurden zwei Stahlhelmer und ein hitlerianischer Passant getötet und mehrere Personen mit schweren Verletzungen ins Spital gebracht.

Der Vorkommandeur von Starogard, der dabei von zahlreichen Bürgern unterstützt wurde, hat Untersuchung gegen

und gibt dann eingehende Darstellungen von der Zuspitzung der Verhältnisse in der letzten Zeit vor dem Reichstagsbrand. Er führt zahlreiche polizeiliche und gerichtliche Feststellungen über die vorbereitenden Bürgerkriegsmaßnahmen in den verschiedensten Landesteilen durch die KPD, an, durch die bewiesen werde, daß die KPD, im Februar 1933 mit einem Aufstand rechnete. Bei den Vorbereitungen sei noch einer zentralen Anweisung gebachtet worden. Als die erwarteten Befehle zum bewaffneten Vorgehen nicht kamen, sei in der Anhängerschaft eine starke Erregung entstanden.

Der Einwand, daß im Februar oder März die Voraussetzungen der „revolutionären Situation“ noch nicht völlig erfüllt waren, sei nach Lage der Verhältnisse kein Beweis dafür, daß die KPD, nicht zur Zeit des Reichstagsbrandes den bewaffneten Aufstand zum Auslösen bringen wollte. Die Lage, fuhr der Oberreichsanwalt fort, war doch so, daß die Betrauung Adolf Hitlers mit der Regierungsbildung am 30. Januar auch für die KPD, unerwartet kam. Die KPD, war sich vollkommen im Klaren darüber, daß ihre Rolle in Deutschland wahrscheinlich für immer ausgespielt war, wenn die nationalsozialistische Regierung sich konsolidierte. Deshalb war für die KPD, die Situation gegeben, daß sie entweder den Kampf aufgeben mußte, oder daß sie, ohne daß die Vorbereitungen bereits reiflich durchgeführt waren, den Kampf aufnahm. Das war die einzige Chance, die sie noch haben konnte. Wenn der Kampf schief ausliefe, war die Situation für die Partei nicht schlechter als beim Aufgeben des Kampfes. Dabei hat sich die KPD, durchaus auf der Linie gehalten, die auch das 12. Ekki-Plenum vorschrieb, daß nämlich läßt Wendungen eintreten könnten, die jede Partei verpflichtet, bereit zu sein, um bei raschem Eintreten revolutionärer Ereignisse die Formen und Methoden des Kampfes zu wechseln.

Dann beendete der Oberreichsanwalt nach dreieinhalbstündigem Plädoyer seine politischen Ausführungen.

des Angeklagten van der Pubbe bei der Brandstiftung. Reichsanwalt Parrisius verweist hierbei auf die Ausführungen des Oberreichsanwaltes und kommt zu dem Ergebnis, daß sich van der Pubbe des fortgesetzten Hochverrats im Sinne des § 81 Ziffer 2 StrGB, schuldig gemacht habe. Nach dem Vorfall van der Pubbes sollte durch die Brandlegung unmittelbar die Revolution vorankommen. In Tateinheit mit dem Verbrechen des Hochverrats stehen die verschiedenen Brandstiftungen, wobei bei den Brandstiftungen im Rathaus, im Schloss und im Reichstag noch hinzukommt, daß unter Begünstigung derselben ein Aufruhr bewirkt werden sollte. Damit liegen die Voraussetzungen des § 307 Nummer 2 des StrGB, vor. Der Angeklagte van der Pubbe sei auch für seine Tat in vollem Umfang verantwortlich.

Reichsanwalt Parrisius schließt sein mehr als fünfständiges Plädoyer mit folgenden Ausführungen:

Wenn damals im Februar die Pläne van der Pubbes gelungen wären und das beabsichtigte Verbrechen für die Erhebung der revolutionären Arbeiterschaft sich auswirkte hätte und der von der kommunistischen Partei seit langem vorbereitete gewalttätige Aufstand geglückt wäre, dann wäre das Chaos über Deutschland hereingebrochen.

Daß es nicht dazu gekommen ist, ist einzig und allein dem energischen Eingreifen der nationalsozialistischen Regierung zu verdanken. Dank diesem letzten Aufriff des Staates liegt jetzt der Kommunismus in Deutschland zerschmettert am Boden.

Nun hat aber die Stunde der Abrechnung geschlagen und, meine hohen Herren Richter, Ihnen wird es nicht schwer fallen, den Angeklagten van der Pubbe in vollem Umfang im Sinne der Anklage für schuldig zu befinden und diejenige Strafe gegen ihn festzusetzen, die allein nach dem Gesetz zulässig ist, die aber andererseits auch allein der ungeheuren Schwere seines Verbrechens gerecht wird.

Die Verhandlung wird am Donnerstag um 10 Uhr fortgesetzt. Mit der Stellung der Strafanträge ist frühestens Donnerstagmittag zu rechnen. Der Oberreichsanwalt wird am Vormittag noch einmal zu einem besonderen Plädoyer hinsichtlich der Angeklagten Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff das Wort nehmen.

In seinem Plädoyer kam Reichsanwalt Parrisius zu dem Ergebnis, daß sich van der Pubbe des fortgesetzten Hochverrats schuldig gemacht habe.

Heute wird der Oberreichsanwalt den Komplex der übrigen Angeklagten behandeln. Mit der Stellung der Strafanträge ist erst frühestens mittags zu rechnen.

Urteilsspruch noch vor Weihnachten

Zum bevorstehenden Ende des Reichstagsbrandprozesses schreibt das Berliner Tageblatt: „Nach den Dispositionen des Gerichts werden die Plädoyers vier Tage dauern, einschließlich des Schlusswortes der Angeklagten, und dann wird das Urteil vermutlich nach einer Beratung von etwa drei bis vier Tagen, also noch vor Weihnachten verkündet werden.“

die an dem Gescheh beteiligten Angehörigen der Wehrtruppen gefordert.

Keine Weihnachtspakete

Die Gefangenen dürfen nichts erhalten

Berlin, 12. Dez. Die Justizpressestelle teilt mit: Um den Angehörigen und Bekannten von Strafgefangenen und Untersuchungshäftlingen unnütze Ausgaben zu ersparen, und um andererseits eine unnötige Ueberlastung der Beamten der Straf- und Untersuchungsgelände zu vermeiden, sind darauf hingewiesen, daß nach den Strafvollstreckungsvorschriften vom 1. 8. 1933 die Uebersendung von Lebensmitteln und Weihnachtspaketen an Strafgefangene und Untersuchungshäftlinge nicht mehr gestattet ist und daß etwa eingehende Pakete an den Absender zurückgeschickt werden müßten.

Wir nehmen an, daß zugunsten solcher Zuchthausinsassen, die nützliche Aussagen gegen die Angeklagten des Reichstagsbrandprozesses geliefert haben, wie Uebermann, Kunzow usw. eine Ausnahme gemacht wird. Sonst aber ist es mit der „Humanitätsduselei“ der Republik zu Ende. Und der zu Weihnachten erscheinende Heiland der Milde und Vergebung wird vergeblich Einlass bei den Säufern und Zöllnern, mit denen er an einem Tisch speist.

Verboten!

Berlin, 12. Dez. Das Oberpräsidium der Provinz Westfalen hat unter dem Datum des 11. Dezember die Westfälische Neuesten Nachrichten, und die Westfälische Zeitung, die beide in Bielefeld erscheinen, auf die Dauer von drei Tagen verboten. Das Verbot beginnt am Mittwoch, den 13. Dezember.

Schacht verhöhnt die Gläubiger Deutschlands

Er droht der Schweiz - hetzt gegen die jüdischen Emigranten und gesteht Deutschlands Zahlungsunfähigkeit

Man schreibt uns aus der Schweiz:

Ueber „Zins oder Dividende“ sollte der Reichsbankpräsident Dillers, Hjalmar Schacht, am Montagabend in Basel sprechen. Gesprochen hat er über Deutschlands Zahlungsunfähigkeit mit einer Arroganz — Schacht nannte es die bei ihm bekannte Offenheit — um die ihn ein preussisch-wilhelminischer Rentnant beneiden könnte. Die Wirtschaftspolitik sieht er im politischen Geschehen und Denken. Die Sieger im Weltkriege — also wurde das Deutschland Wilhelms des Zweiten doch bestraft — hätten den Wunsch, die durch eine einmalige politische Auseinandersetzung geschaffenen Vermögensgegenstände aus Stahl und Beton, in der Abneigung gegen jede Art von Abtrünnung, aber auch in dem Bemühen, den Besiegten ein für alle Male moralisch niederzuhalten, ihn als minderwertig zu ächten, prägen sich die Politik des politischen Denkens aus, besonders die moralische Diskriminierung und Achtung haben eine schlimme Wirkung.

Die Schrumpfung des Welthandels von 200 Milliarden Reichsmark im Jahre 1929 auf 110 Milliarden im Jahre 1932 kommt nach Schacht auf das Konto der Politiker. Diese lassen die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft sich nicht entfalten. Durch die Schuld der Politiker ist die Wirtschaft in eine Sackgasse geführt worden. Dadurch sind aber ganz andere geartete dynamische Kräfte mobil gemacht worden. Es sind dies die sozialen Kräfte vom Bolschewismus bis zum Faschismus (viel besser und richtiger hat das bereits Karl Marx im kommunistischen Manifest 1847 gesagt). Schacht verweist die Verantwortung auf die Regierungsbildung im Kanton Gené, um klar zu machen, was er meine. Wir hatten den Eindruck, daß dieser in Demagogie gekleidete Hinweis von dem größeren Teile der Versammlung nur in soweit verstanden wurde, als damit, wie Schacht es dann auch sagte, das Deutschland Adolf Hitlers von ihm angepöbeln werden sollte, als das Land, das die Aufgabe, die Wirtschaft in Gang zu bringen und die sozialen Kräfte zu bändigen, entschlossen angepöbel habe. Aber für Hitler sei es nicht gleichgültig, wie das Ausland sich dazu einstelle. Deshalb ist Schacht nach Basel gekommen, um in der deutschen Handelskammer, Bezirksverein Basel, über „Zins oder Dividende“ zu reden.

Da Schacht in der Einleitung des Politikers die Schuld an der Fortdauer der Krise zugeschoben, so stellte er nun plötzlich fest, daß das dreihundert Jahre alte kapitalistisch-liberalistische Wirtschaftssystem genau so erstarrt ist wie die Politik.

Er sei nicht mehr in der Lage, die Aufwärtsbewegung in der Lebenshaltung der Völker zu gewährleisten, ja nicht einmal den Status zu halten. 25 Millionen Erwerbslose der ganzen Welt schreien dem kapitalistisch-liberalistischen System entgegen: Du taugt nichts mehr.

Faschismus und Nationalsozialismus suchen dem Problem auf gesunderem Wege beizukommen. Wie, sagte Schacht nicht. Doch! Es muß verhindert werden, daß die, die nichts mehr haben, denen, die noch etwas haben, ihr Gut wegnehmen — wie dies in Rußland der Fall ist. Das war Plakat für die Ohren der Wirtschaftsführer, für Schacht aber die Plattform, von der aus er der Versammlung in mancherlei geradezu aufreizender Form sagte: wir Deutsche haben Schulden, viel Schulden, wir haben in den letzten sechs Monaten nur fünfzig Prozent der Zinsen bezahlt, in den nächsten sechs Monaten zahlen wir nicht einmal mehr diesen Beitrag. Kapitalschulden können wir überhaupt nicht zahlen. Bewiß, ihr habt den Reichtum. Ihr könnt mit Exzession drohen, ihr könnt am harten Reichtum festhalten. Tut ihr das, dann bekommt ihr überhaupt keine Zinsen, und wo euer Kapital bleibt, das weiß ich, ihr werdet euch denken können.

Es war die Sprache des Antrotroué, der nichts mehr zu verlieren hat, der es sich leisten kann, seine Gläubiger mit Hohn zu behandeln, denn so meinte Schacht, der Schuldner ist an seiner schwierigen Lage nie allein schuld, denn wenn der Gläubiger, bei der Herausgabe seines Geldes vorlässiger gewesen wäre, dann hätte der Schuldner auch vorsichtiger gewirtschaftet.

Reht wo Deutschland nicht zahlen könne, auf seinem Schein zu bestehen, das sei der frasse Rentner-Standpunkt. Wenn Deutschland das Geld in Betreibungen an Unternehmungen, anstatt in Anleihen erhalten hätte, dann wären die Gläubiger direkt an den Verlusten der Unternehmungen beteiligt. Reht befinde sich aber der ausländische Geldgeber in der angeneh-

men Lage, auf seinen Anspruchs zu verweisen zu können, der unverändert besteht.

Wenn dann noch die antideutsche Propaganda der jüdischen Emigranten, die sich bis zum Hysterie steigere, von ausländischen Vertretern des wirtschafts-liberalistischen Systems unterstützt werde, so wirke das wie ein Gift. In Deutschland pflege man ein solches Verhalten mit einer Redensart zu kennzeichnen:

Wörtlich: „Es geschieht meinem Vater ganz recht, wenn mir die Finger erkriechen, warum kauft er mit seine Hand. So kann man hier nur sagen: „Es geschieht diesen Leuten ganz recht, daß sie Einbuße an ihren deutschen Rindskopfen erleiden, warum unterstützen sie die jüdische Boykottbewegung gegen Deutschland.“

Nach dieser „Leistung“ lang Schacht wieder das hohe Lied von der deutschen Redlichkeit. In den letzten drei Jahren habe Deutschland aus eigener Kraft vierzehn Milliarden Reichsmark in fremder Währung an Zinsen und Rückzahlungen an das Ausland abgeführt. Doch die Not zwang Deutschland, vor einem halben Jahr den Schuldendienst an das Ausland einzuzwängen. Das kurz vor dem „halben Jahr“ Adolf Hitler Volkstänzer wurde, daß er das deutsche Volk aus seiner Not retten wollte, durfte Schacht ja nicht sauen. Ob einzelne Zuhörer daran dachten?

Den noch vorhandenen „gewissen“ Exportüberläufer bezeichnet Schacht als nicht echt. Er ist zum Teil aus zufälligen Ursachen, die mit Restiermarkt, Scrips, Bonds usw., aber nicht mit Devisen besetzt werden.

Ein wesentlicher Teil bestehe aber auch in sogenannten Emigrantenexporten, die werden von solchen Leuten aktiviert, die das Land für immer zu verlassen beabsichtigen, ihr Geld nicht direkt verschicken können und deshalb Ware in das Ausland schicken. Also Export zu offiziellen veranlassenen Schänderpreisen (Dumping) und Ausverkauf durch Leute, die das Land für immer zu verlassen wünschen.“ Wie auf man mit solchen Worten die barbarischen Zustände des Hitler-Deutschland umschreiben kann.

Nach einer Schilderung der Staatsschulden der einzelnen Länder, die im Gegensatz zu den Schulden Deutschlands innere Schulden seien, der Feststellung der zwischenstaatlichen Verschuldung der Welt in Höhe von 200 Milliarden Mark, verlangte Schacht wiederum Verhandlung für Deutschlands Lage, Senkung der Zinsen, Hebung des Exports, also: Kauf deutsche Waren, besetzt sie mit Devisen, dann zahlen wir Deutsche Zinsen und eventuell unsere Schulden. Wollt ihr das nicht, dann seid euch klar darüber: Keine Kontrahierung und kein Vertrag wird stark genug sein die Rechte des Gläubigers durchzusetzen.

Eine besondere Forderung erteilte Schacht der Schweiz. Er beklagte sich darüber, daß in der schweizerischen Öffentlichkeit mit dem sogenannten Clearing gedroht wurde. Es sei angesetzt worden, den Erlös der deutschen Waren in der Schweiz auf ein Sammelfonto einzufrieren, hiervon zunächst die Rindskopfs zu bezahlen und den Rest an Deutschland abzuführen. Diese Anrede entsprach der Tatsache, daß die Schweiz aus Deutschland mehr Waren bezieht als sie nach Deutschland liefert. Es ist notwendig, die Warnung Schachts an die Schweiz im Wortlaut zu bringen. Schacht sagte:

„Ich kann hier nur dem lebhaften Wunsch Ausdruck geben, daß solche Bestrebungen nicht ernsthaft durchdringen. Ich habe diesen Wunsch nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der Schweiz und des gesamten Welthandels. Ich lege dabei ganz davon ab, daß eine solche Politik notwendigerweise zu Gegenmaßnahmen führen müßte, die die gesamten finanziellen und kommerziellen, seit Generationen bestehenden deutsch-schweizerischen Beziehungen für lange Zeit auf schwerste beeinträchtigen würde.“

Das ist in der Sprache Hitler-Deutschlands die offene Drohung mit militärischen Maßnahmen, denn Hitler-Deutschland kennt nur die Gewalt.

Die pronazionalistischen Ausführungen Schachts, die Verhöhnung der Rentner und Sparr, die Hebe gegen das Prekariat, die Drohung an die Schweiz wurden von den Versammelten ohne Widerspruch entzogen angenommen. Am Schluss konnte Schacht sogar Beifall bekommen. Wir sind überzeugt, daß bereits kurz nach dem Verlassen des Saales bei vielen der Zuhörer die Erkenntnis dämmert über das, was an Unverschämtheit ihnen abotlen wurde. Der Vortrag Schachts über „Zins oder Dividende“, von ihm als Propagandavortrag für das Hitler-Deutschland gedacht, muß die antideutsche Stimmung und die Ablehnung der hitlerischen Methoden auf wirtschaftlichem aber auch auf politischen Gebiete in außerordentlicher Weise stärken.

Bedeutung des Einzelhandels

Im Lebens- und Genussmittelhandel nur ein Siebtel durch Großbetriebe

Nach der Untersuchung der Forschungsstelle für den Handel entfällt allein im Einzelhandel die Hälfte aller Umsätze im Jahre 1932 10,8 von insgesamt 22 Milliarden Reichsmark auf Lebens- und Genussmittel. Hinzu kommt ein besonders wichtiger Bestandteil aller Ernährungsangaben, der nicht den Einzelhandel in engem Sinne berührt, der Umsatz in Fleisch- und Wurstwaren, soweit er durch den „Handvertrieb“ vermittelt wird. Dieser Umsatz wird allein auf 4,7 Milliarden RM. geschätzt. Ein Drittel des gesamten Volkseinkommens wird also für Lebens- und Genussmittel beim Handel und Handvertrieb ausgegeben. Unberücksichtigt ist dabei der Eigenverbrauch der Hersteller und der sofortige Verzehr von Lebens- und Genussmitteln in Wohn- und Betriebswirtschaften aller Art. Die äußerlich sichtbaren Merkmale der Großbetriebsformen brachten es mit sich, daß dieser Ausschnitt des Lebens- und Genussmitteleinzelhandels bisher besonders hart bestraft, oft auch überstrafte wurde. Dabei beträgt von allen Lebens- und Genussmittelumfängen der Anteil der sogenannten Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser noch nicht 1 Prozent, der der Filialunternehmungen knapp 8 Prozent und der der Konsumvereine 0,5 Prozent. Ingesamt entfällt auf die Großunternehmungen nicht viel mehr als ein Siebtel aller Lebens- und Genussmittelumfänge. Fast ebensoviel wie Warenhäuser und Konsumvereine zusammen setzt allein der Markt-

und Straßenhandel um. Dem mittelständischen Ladenhandel verbleiben drei Viertel aller Umsätze, davon entfällt auf die Fleischerereien fast ein Fünftel, auf die Bäckereien ein Neuntel. Eine einzige, zumal in den Großstädten kaum stark hervortretende Gruppe mittelständischer Kolonialwarenläden, die in den Edeka-Einkaufsgenossenschaften zusammengefaßten Geschäfte, steht im Reichsdurchschnitt allein ebensoviel um wie die Massenfilialunternehmungen für Lebens- und Genussmittel zusammen.

Neben dem Straßenhandel wird auch der ganz überwiegende Teil des Warenhandels mit Lebens- und Genussmitteln durch kleine und kleinste Betriebe vermittelt. Der Familienbetrieb mit ein bis zwei beschäftigten Personen herrscht vor. Etwas größer sind Bäckereien und Fleischerereien, die den Handel auf der Grundlage eigener handwerklicher Herstellung- oder Verarbeitungstätigkeit ausüben. Die Zusammenballung der Umsätze erfolgt bei Konsumvereinen und Filialunternehmungen nur durch die Vereinnahmung einer großen Anzahl verhältnismäßig kleiner Betriebe in einem Unternehmen. Immerhin erzielt — schon wegen der bei diesen Betriebsformen höheren Personalausstattung — auch die einzelne Filiale oder Betriebsstelle höhere Umsätze als die Mehrzahl der selbständigen Geschäfte. Typische Großbetriebsformen haben dagegen die Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser (in ganz Deutschland knapp 20 an der Zahl). Jeder dieser Betriebe setzt mit etwa 10 beschäftigten

Personen eine halbe Million RM. jährlich um. Die Vielesgestaltigkeit des Warenkreises in der Mehrzahl der Lebensmittelgeschäfte kommt dem Großhändler nicht immer zum Bewußtsein. Er kennt spezialisierte Feinkostgeschäfte, Geschäfte für Obst und Gemüse; er ist vor allem gewohnt, Tabakwaren, Süßwaren und Getränke in Spezialgeschäften zu kaufen. Der geringe Bedarf kleiner Städte erlaubt vielfach keine solche Spezialisierung. Außerhalb der größten Städte finden sich daher auch diese Waren in dem umfangreichen Sortiment des Lebensmittel-Einzelhandels, das Nahrungsmittel aller Arten und aller Qualitäten und auch viele Nicht-Lebensmittel zur Bequemlichkeit der kaufenden Hausfrau mit einschließt.

Die wachsende Teuerung

Kommissionen und Palaver

Der Ausschuss für Fragen des gemeinsamen Geschäftsverkehrs zwischen Industrie und Handel trat am 12. Dezember im Deutschen Industrie- und Handelsrat erneut zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der Frage der Preisüberhöhungen und der Konditionen beschäftigte. Es kam in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums einmütig zum Ausdruck, daß

ungerechtfertigte Preisüberhöhungen im Interesse der Erhaltung der Kaufkraft und der Herbeiführung einer Mengenkonjunktur bis auf weiteres grundsätzlich zu vermeiden seien.

Die Frage der Preisgestaltung und der Konditionen soll in Zukunft in enger Zusammenarbeit zwischen Industrie, Großhandel, Einzelhandel und Handwerk unter Beteiligung des Reichswirtschaftsministeriums behandelt werden, um volkswirtschaftlich unerwünschten Entwicklungen zu begegnen und eine Beurteilung der Wirtschaft zu vermeiden. Diese Zusammenarbeit wird sich in verschiedenen Kommissionen, so für allgemeine Fragen der Industrie und sonstige Konditionen, für hauswirtschaftliche Geräte und Eisenwaren, für Textilien und für Lebensmittel vollziehen.

Die Preise hoch!

Die Gummi- und Bondagenindustrie in Neuland (Türingern), die den größten Teil der Produktion dieser Branche liefert, ist im Begriff, sich seiter zu organisieren. Man denkt an Preisvereinbarungen, die ein weiteres Abgleiten der Preise verhindern sollen, und evtl. an gemeinsame Werbung. Bisher sind die Bestrebungen an dem Widerstand einiger Firmen gescheitert, die aber jetzt ihr Einverständnis erklärt haben.

Kartelle fest geschlossen

Die Hersteller von Flußstahl zu Drähten, Drahtstiften und Springfedern sind Reichsanzeiger 273) zu einem Zwangskartell zusammengeschlossen worden. Neue Unternehmen dürfen nicht errichtet werden. Zuwiderhandelnde können (§ 5) durch polizeilichen Zwang nach Maßgabe der Vondesgesetz zur Beachtung der Vorschriften angehalten werden.“ Die Wismar-Grubenbesitzer in den Rheinländern haben sich nach der „Kartell-Rundschau“ (Heft 10) zu einem Kartell zusammengeschlossen, ebenso die Salzfischfabriken; ein Kartell in der Porzellanindustrie ist in Bildung; die Kartellierung in der Papierindustrie ist mit einer Preisüberhöhung verbunden; die Westdeutschen Mühlenkonvention ist verlängert worden; die Seifenindustrie sollte den vielen Beispielen und hat ihr Kartell wahrscheinlich des Schäumens wegen Verbandsverband der nationalen Seifenindustrie genannt; die sächsischen Strumpfabriken haben ein Kartell geschlossen. Alle diese Kartelle wurden in den letzten Wochen geschlossen.

Gegen die Sozialpolitik

wendet sich die neue Zeitschrift „NS-Sozialpolitik“, das offizielle Organ des sozialpolitischen Amtes der Deutschen Arbeitsfront. Dort sagt, ganz im Dogenbergton, ein Karl Popper: „Gerade die letzten Jahrzehnte beweisen uns, welche unheilvolle Folgen dadurch entstanden, daß man mit marxistischen Methoden in wildem Rorn gegen die Wirtschaft anrannte und sozialpolitische Dogmen auf Tod und Leben verzeigte. . . und man blind und ohne Rücksicht auf Zertrümmerung und Erhaltung der Wirtschaft Scheinfolge erzielen wollte.“ Aus dieser Erkenntnis verzichten die Nazi auf die Sozialpolitik, denn man könne „nicht eine Reihe sozialpolitischer Forderungen an die Wirtschaft heranziehen mit der Maßgabe, die Wünsche sofort in die Tat umzusetzen, wenn sich die Wirtschaft zum großen Teil erst im Wiederaufbau und in einer Neuorganisation befindet.“

Die erschütterten Arbeitslöhne

Tarifbruch als Folge der zerstörten Gewerkschaften

Dr. Klein, „Treuhänder“ für Weßfalen, ordnete an: „Es laufen bei mir immer wieder Klagen darüber ein, daß einzelne Unternehmer die Vohntarife ihres Berufsbezuges nicht unerheblich unterschreiten, ohne genügende Gründe Ueberarbeit verlangen, den festgelegten Urlaub nicht gewähren und sich auch sonst nicht an die bestehenden Tarifverträge halten. Sie versichern sich vielfach dahinter, daß sie an die Tarife nicht gebunden seien, weil sie den beteiligten Organisationen nicht angehörten. Ich muß eine solche Auffassung aufs schärfste verurteilen. Sie paßt nicht in den nationalsozialistischen Staat. Es kann nicht geduldet werden, daß irgendein Berufsbezugs sich auf Rollen seiner Mitarbeiter gegenüber seinen anderen Berufsbezugs eigenwillige Vorteile dadurch ergattert, daß er Preise und Tarife unterschreitet. Besonders lebhaft sind die Klagen aus dem Fleischer- und Wurstwarenverze. Ich werde hier und überall Ordnung schaffen, wo ich Unordnung antreffe. Auch der notleidende Betrieb darf nicht von sich aus Tarife unterschreiten. Ob eine Unterschreitung in ganz besonders gelagerten Fällen annehmbar ist, habe nur ich zu entscheiden. Etwaige Anträge sind an meine Sonderbeauftragten zu richten.“

Praktisch sind nachstehende Fälle besonders gelagert.“

Margarine!

Im Anschluß an das letzte Rundschreiben des Reichsarbeitsministers über die Margarinebezugsscheine — die „Deutsche Freiheit“ hat darüber berichtet — wird der Personenkreis, der das Recht auf verdächtige Margarine und Fette hat, nun umschrieben. Es kommen vor allem Personen in Betracht, deren Einkommen den Mißstand der öffentlichen Versorgung nicht wesentlich übersteigt. Bei Familien mit drei bis vier Kindern, Witwen mit zwei Kindern, bei Pohnimpfängern deren wirtschaftliche Lage es rechtfertigt und ebenso bei Mittelständlern soll „weitherzig verfahren“ werden.

Das Ende der Prohibition

Von Simon Lehr (Neuyork)

In den amerikanischen Zeitungen erschienen schon seit vielen Wochen ganzzahlige Aufzählungen mit Preislisten bekannter Wein- und Likörmarken, die das Publikum zu Verkäufen einladen. Die Lieferung war für den 5. Dezember in Aussicht gestellt. Dreihundertfünfzig Staaten hatten ihr Votum gegen die Prohibition bereits im Oktober abgegeben, die zur Ausrückung des 18. Amendements der Verfassung erforderliche Zustimmung von weiteren drei Staaten erfolgte am 7. November, die Ratifikation erfolgte am 5. Dezember. Die Prohibition hat damit ihr Ende erreicht. Selbst jene Staaten, von denen die Prohibitionsbewegung ausging, fielen von den als unrichtig erkannten Grundsätzen ab und wandten sich der lebhaften Gegenbewegung zu. Minnesota, der Heimstaat Andrew Jacksons, des Unehobers des nach ihm genannten Gesetzes, Texas, das den Mitautor des achtzehnten Amendements, den Senator Morris Stephens in den Kongress entsandte, Idaho, die Heimat des unentwegten Verfechter der Prohibition, des Senators Borah, Washington, dessen verstorbenen Senator Wesley P. Jones das nach ihm genannte Gesetz wirkte, das Verlesungen der Prohibitionsgesetze mit fünf Jahren Gefängnis und 10 000 Dollar Geldstrafe ahndet, dann „trockene“ Staaten wie Alabama, Indiana und andere gingen mit liegenden Fahnen ins nasse Lager über. Sogar der Staat Maine, der durch mehr als 80 Jahre die Theorie der totalen Abstinenz durch gesetzlichen Zwang aufrechterhielt, hat seine Meinung gründlich geändert. Zum Umsturz der öffentlichen Meinung hat John D. Rockefeller viel beigetragen, der Abstinenzler strengster Observanz ist und für die Durchführung der Prohibition Millionen spendete, aber durch die moralische Verwirrung, die sie anrichtete, gründlich belehrt wurde. Er entsandte sogar zwei hervorragende, im öffentlichen Leben stehende Männer nach Europa, um die Getränkefrage in den verschiedenen Ländern zu studieren.

Die Regierung hat in Voraussicht der kommenden Ereignisse ein Komitee eingesetzt, um die richtige Lösung der mit der Prohibition zusammenhängenden Probleme zu finden. Prominent macht die Steuerfrage große Schwierigkeiten, da auf die Konkurrenz der Bootlegger Rücksicht zu nehmen ist, die bei zu hoher staatlicher Besteuerung das Einschmuggeln von Likören, beziehungsweise den Betrieb von geheimen Destillieren lohnend machen könnten. Schon vor Bestand des achtzehnten Amendements hoben die Bundesagenten jährlich etwa 1500 geheime Destillieren aus, die sich der Besteuerung entzogen. Das Schatzamt sandte bereits an die Steuerkollektoren eine Liste der Steuern und Zölle für die einzelnen Liköre und Weingattungen. Die Steuern für die Weine 1,10 Dollar pro Gallone, bei Weinen bis 14 Prozent Alkohol 4 Cent, bei stärkeren Sorten bis zu 1,25 Dollar pro Gallone, bei Champagner 12 Cent für jeden halben Pint (vier Liter). Für importierten Whisky erfolgt ein Zuschlag von 5 Dollar, für Weine von 1,25 Dollar und für Champagner von 8 Dollar pro Gallone. Eine andere Frage betrifft die soziale Gesetzgebung. Nach der Aufhebung der Prohibition würde nur in zwanzig Staaten, wozu allerdings die größten Industrie- und vorkreislichen Staaten gehörten, der Handel, beziehungsweise der Genuss von geistigen Getränken gestattet sein, die übrigen müßten die Gesetze entsprechend den Bedürfnissen ergänzen oder neu schaffen. Von heute an sind die Bestimmungen über die Herstellung alkoholischer Getränke und dem Handel damit wieder Sache der Einzelstaaten.

Die Rum- und Whiskybrennereien, es bestehen gegenwärtig deren achtzehn (etwa fünfzig von denen, die außer Betrieb sind, verfügbar gemacht werden können), arbeiten mit Vollkraft, um dem drohenden Ansturm zu begegnen. Der jährliche Ertrag der in den National Distillers Product Corp. vereinigten Brennereien beläuft sich auf 30 Millionen Gallonen Whisky; außerdem verfügen sie über einen ziemlichen Vorrat, der für die erste Zeit vollkommen hinreicht. Diese Gesellschaft verspricht ihren Aktionären eine spezielle Dividende in Whisky und sandte ihnen bereits Auszahlungsscheine, die sie nach Abschaffung der Prohibition einlösen können.

Das Gangsterwesen

Die Prohibition hat in ihrem Gefolge ein Gangster- und Verbrechertum gezüchtet, wie es in diesem Umfang nie bekannt wurde. Die großen Einnahmen, die der Schmuggel von verbotenen Getränken mit sich brachte, zogen skrupellose und gewalttätige Elemente an, die sich zu Mächthabern in einzelnen Gebieten auswählten und durch gemietete, aber gut bezahlte Handlanger einen Terrorismus ausübten, dem selbst der Staat lange Zeit ohnmächtig gegenüberstand. Sie umsonnten das Land mit einem Netz von Korruption und machten sich über Politiker und Amtspersonen, die für Ordnung und Sicherheit Sorge tragen wollten, willfährig. Eine allgemeine Gesetzlosigkeit und das Racketeerwesen nahmen überhand, bis sich in der breiten Öffentlichkeit die Ueberzeugung durchsetzte, daß die Prohibition als Hauptursache der vielen ungeahnten Verbrechen befeitigt werden müsse. Nicht herkömmlichen Verbrechen büßen jedoch viele harmlose Sünder, die so unvorsichtig waren, sich bei dem Genuss geistiger Getränke erwischt zu lassen, Strafen ab; für die kommt sicher eine Amnestie. Heute werden die Gefängnistore geöffnet, und alle dürfen ungestraft tun, was sie vorher wohl nicht tun durften, was ihnen aber kein Mensch abgenommen hat. Für die Gerichte bedeutet die neue Trinkära eine wesentliche Erleichterung und für den Staat eine riesigen Ersparnis. Die Bundesgerichte haben in der Zeit der unbeschränkten Volstead-Herrschaft 4911 Restaurants zuverfügt, 75317 Automobile, in denen Whisky entdeckt wurde, beschlagnahmt, 26308 Geheimbrennereien zerstört, die einen Wert von 82 Millionen Dollar repräsentierten, Geldstrafen im Ausmaß von 75 358 000 Dollar verhängt und 152 510 Personen ins Gefängnis gesteckt. Das war ausschließlich die Leistung der Bundesgerichte, was jedoch die Gerichte und Behörden in den einzelnen Staaten in dieser Beziehung noch angeht, haben, entzieht sich der Beurteilung, da darüber keine Statistik existiert. Diese Unsumme von Arbeit entfällt nun.

Es werden alle Anstrengungen gemacht, um aktive oder nunmehr privatwirtschaftliche Gangster und Racketeers oder mit einem ähnlichen Schönheitsgeschleier behaftete Personen von der Erlangung von Lizenzen fernzuhalten. So viel steht fest, daß der alte „Saloon“, der zur Prohibitionsbewegung geführt hat, nicht wieder aufleben wird; viele Staaten haben bereits Gesetze geschaffen, die den Konsum von Likör an den Verkaufsstellen verbieten. Nicht der moralischen Reinigung der Atmosphäre und dem Rückgang des Racketeertums verpflichtet sich der Staat eine jährliche Einnahme von 20 Millionen Dollar und die Arbeitsmöglichkeit für 100 000 Menschen.

Opiumverbrauch steigt

In der jüngsten Sitzung der Opiumkommission des Völkerbundes wurde festgestellt, daß die Erzeugung des Rauschgiftes auf das Doppelte gestiegen sei.

Aus San Francisco kommt die Meldung, daß dort die Brüder Giza wegen Rauschgifthandels verhaftet worden seien. Der Bericht bezeichnet sie als die reichsten Männer, die jemals aus China gekommen wären. Es handelt sich um die Brüder des verstorbenen Edward Giza, der das Opiummonopol in Shanghai besaß und ein Vermögen von zwanzig bis dreißig Millionen Dollar erworb.

Unter dem Protektorat der Polizei

Die Polizei von Shanghai scheute seit jeder davor zurück, strenge Maßnahmen zur Bekämpfung des Opiumhandels zu ergreifen, weil viele große Shanghaier Familien ihr Vermögen gerade diesem Gewerbe verdanken. So protegierte die Polizei lange Zeit hindurch Giza, indem sie alle kleinen Händler und die Händler, die Herrn Giza Konkurrenz machten, bestrafte und unterdrückte. Sei es aus Nachlässigkeit, sei es aus anderen Gründen, jedenfalls erwäht keine ausländische Zeitung in Shanghai, die enge Verbindung zwischen der Auflage der beiden Brüder Giza in San Francisco mit dem alten englischen Verband der Opiumhändler.

Der Opiumkrieg

Die Geschichte des Opiumhandels ist sehr alt. Viele Bücher wurden darüber geschrieben und zahlreiche internationale Konferenzen abgehalten. Die Geschichte ist reich an Beispielen. Das bekannteste ist der sogenannte Opiumkrieg zwischen China und Großbritannien. Dieser Krieg wurde durch eine Verträge im Jahre 1842 beendet, durch den China erzwungen wurde, die Opiumimporte aus Indien zu lassen. Von nun an abzutreten einen Schadenersatz von 21 Millionen. Von nun an abzutreten und die Häfen Kanton, Amoy, Swatow, Ningpo und Shanghai dem Opiumhandel zu eröffnen.

Immerhin bedurfte es eines zweiten Antriebs im Jahre 1855, um den Opiumhandel „gesetzlich“ zu gestalten. Dieser Krieg wurde durch die sogenannten „Nienjin-Verträge“ beendet, der die Opiumimporte aus Indien reakt.

Ein schmutziges Geschäft

Im Jahre 1917 konnte man kein einziges Mohnfeld mehr in China finden. Da erliefen der Engländer Edward Giza auf dem Schanhaier und gründete die Vereinigung der Opiumhändler. Dieses Syndikat, das einen schmutzigen Handel mit dem Rauschgift zwischen Indien und China betrieb, umfaßte 1917 21 Händler, die Hauptstellen nicht rechtlich gewarnt worden zu sein, und haben vor, große Warenlager zu besitzen. Sie forderten einen Aufschlag von neun

Monaten, um ihre Geschäfte liquidieren zu können. In dieser Zeit stiegen, infolge des Einfuhr- und Pflanzungsverbotes, die Opiumpreise. Da einhand zwischen Giza und seinen Verbündeten einerseits und dem Vizepräsidenten der chinesischen Republik andererseits eine dunkle Intrige, deren Ergebnis die Uebernahme der Warenlager durch die Regierung bildete. Einige 300 Pfund Opium wurden für die Gesamtsumme von zwanzig Millionen Dollar der chinesischen Regierung übergeben. Offenbar beabsichtigte der Vizepräsident auf eigene Kosten ein Opiummonopol des Volkes so groß, daß die Regierung gezwungen war, das ganze Opiumlager öffentlich zu versteigern.

Herr Giza aber hatte seine zwanzig Millionen Dollar bekommen und wurde sogar zum Präsidenten des Staatsrats gewählt! Nach seinem Tode führen seine beiden Brüder und Geschäftsteilhaber nach Amerika, wo sie lebt, wie gesagt, wegen Rauschgifthandels verhaftet wurden.

Japan bricht die Verträge

Einen anderen Skandal hat der amerikanische Vertreter in der Opiumkommission des Völkerbundes, Fuller, aufgedeckt. Er beschuldigt Japan, die Opiumverträge schwer verletzt zu haben, indem es in der Mandchurien, in Jehol und in den drei chinesischen Provinzen der Opiumpflanzung Vorkurs abgibt. In diesen Gebieten habe Japan ein Opiummonopol, das voriges Jahr fünf, in diesem Jahr aber schon zehn Millionen Yen einbrachte. Japan betreibt die Förderung der Opiumerzeugung mit allen Mitteln. So habe es besondere Gelder prägen lassen, auf deren Rückseite eine Mohnblume abgebildet sei, und Münzen hätten durch Abwerfen von Flugblättern zur Anpflanzung von Opium aufgefördert. Fuller macht Japan weiter den schweren Vorwurf, Opium auf illegalem Wege auszuführen.

Diese letzten Vorwürfe haben den Kampf gegen den Rauschgifthandel wieder in Schwung gebracht. Es ist aber mehr als fraglich, ob die internationalen Aktionen die tiefen Schwierigkeiten, die sich ihnen in den Weg stellen, überwinden können.

„Wir denken seiner“

heißt ein Werk von Paul Lindenberg und der Mann, dessen Gedacht wird, ist der Defertier Wilhelm von Doorn, der bald den 75. Geburtstag feiert. Politische und monarchische Fragen werden nicht berührt, dafür wird viel Fesselndes berichtet,“ sagt der Verleger über das Buch. Ist es nicht ein wenig übertrieben, den Deutschen, die obnein gefesselt sind, noch etwas Fesselndes zu erzählen?

Pässe für Flüchtlinge

Eine brennende Frage der Emigration

Die Regelung der Passfrage, der Einreise- und Aufenthaltsermächtigungen ist geradezu die Voraussetzung für die wirtschaftliche Rückkehr der deutschen Flüchtlinge.

Der Völkerbund ist durch die russischen Flüchtlinge, deren Zahl auf eine Million geschätzt wird und die etwa 20 000 armenischen schon früher vor ähnliche Probleme gestellt worden. Der Rautenpass wird von 30 Staaten für russische, von 30 für armenische Flüchtlinge ausgestellt. Diese Staaten erkennen auch die Rautenpässe gegenseitig an. Deutsche Behörden regien im April 1920 eine ähnliche Regelung für Staatenlose an und der Bund der Staatenlosen richtete im Jahr 1927 von Berlin aus eine entsprechende Bitte an den Kommissar für russische Flüchtlinge.

Ein Sachverständigenkomitee hat dann nach Beratung der Frage im Januar 1927 ein Gutachten erlassen. Es hat dabei festgehalten, daß außer für die Staatenlosen eine Regelung gefunden werden müsse, auch für Personen zweifelhafter Staatsangehörigkeit und für solche, deren Staatsangehörigkeit zwar einwandfrei feststeht, denen aber von den Behörden ihres Staates der Pass verweigert wird. Die Sachverständigen erklären, ihre Aufgabe noch praktischer und menschlicher Gesichtspunkten lösen zu wollen. Es komme darauf an, allen, die den Schutz eines Staates erstreben müssen, zu helfen und gleichzeitig den Staaten, in die sich die Flüchtlinge aus einem anderen Zustandsloos begeben, eine Sicherung zu verschaffen. Die Sachverständigen waren der Meinung, daß durch die Gewährung von Pässen, die zwar eine zweifelnde Staatsangehörigkeit haben, aber keine Pässe bekommen können, die Zahl der Staatenlosen nicht vergrößert werde.

Das Komitee schlägt vor, die Staaten sollten eine Konvention abschließen, nach der den genannten drei Personengruppen von den Staaten ihres Aufenthalts ein Pass von einheitlichem Aussehen gegeben werden sollte, mit dem Titel „Pass für Personen ohne nationalen Pass“.

Die 3. Allgemeine Konferenz für Verbindungen und Verkehr machte sich in ihrem Beschluss vom 2. September 1927 den Expertenrat nicht zu eigen. Wegen der Gewährung eines einheitlichen Dokumentes bestand kein Widerstand, wohl aber gegen die Einbeziehung der Personen zweifelhafter Staatsangehörigkeit, denen von den Behörden ihres Landes der Pass verweigert wird. Die Gegner der Gewährung eines PASSES an diese Gruppe sahen, es sei notwendig, die Zahl derjenigen zu beschränken, die sich entnationalisieren, ohne eine neue Staatsangehörigkeit zu erwerben. Auch handle es sich bei den Personen, denen die Behörden ihres Vaterlandes keinen Schutz geben wollen, oft um solche, die sich der Steuerleistung oder Militärdienst entziehen oder gegen die Gesetze ihres Landes verstoßen haben.

Die Konferenz ließ dann den Gedanken der Gewährung von Pässen an Personen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit ganz fallen. Sie lehnte auch den Vorschlag einer Konvention ab und beschloß lediglich den Staaten zu empfehlen, Staatenlose und Personen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit einen Personalpaß ausstellen zu lassen. Auf diesem Paß soll vermerkt werden, daß es sich um einen Fremdenpaß handelt. Es soll weiter vermerkt werden, daß der Träger des PASSES das Recht zur Rückkehr in das Land haben soll, das den Pass ausstellt, es sei denn, daß dieser Vermerk angedrückt ist. Der Pass soll in der Regel auf sechs Monate ausgestellt werden. Er soll möglichst für alle Länder oder doch wenigstens Ländergruppen gelten. Jedes Land behält die Entscheidung, ob es dem Pass sein Visa erteilen will, doch soll dabei möglichst einfach und archaisch verfahren werden. Ein Ansuchen um Schutz durch die Behörden des Landes, das den Pass ausstellt, wird mit dessen Bewilligung nicht verbunden, ebensowenig eine Anerkennung in der Nationalität des Besitzers. Die Empfehlung der Kommission auf Einführung eines solchen Ausweises soll die Zulassung, Aufenthalts- und Niederlassungsgesetzgebung der einzelnen Staaten nicht berühren.

Das Völkerbundsekretariat hat im Juni 1929 Auszüge aus den Antworten der Staaten auf die Empfehlung in der Passfrage veröffentlicht. Danach haben sich bereit erklärt, den einheitlichen Personalpaß auszustellen, einzuweisen oder hatten schon ähnliche Passiere: Südafrika, Deutschland, Australien, Dänemark, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Ägypten, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Island, Indien, Italien, Japan, Kambodscha, Norwegen, Niederlande, Portugal, Serbien, Siam, Schweden, Schweiz, Estland, Island, Staatenlosen oder Personen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit der Kanarischen Kanäle und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben eine Art Schuttpass für Personen, die lange Jahre außerhalb sind und wollen andere Papiere nicht einführen, ausstellen, erleichtert die Einbürgerung für sie, und will daher dem Vorschlag der Kommission nicht folgen. Estland hat abgelehnt. Der Bericht enthält offenbar nicht alle Staaten, die dem Vorschlag der Kommission entsprechend verfahren, so heißt die Tschekoslowakei.

So ertrinken es ist, daß doch die ihrer Staatsangehörigkeit beraubten deutschen Flüchtlinge einen Pass bekommen können. In wieweit die Mehrheit der deutschen Flüchtlinge ein Teil der Arbeiter, die vor den Verhältnissen der Welt geflohen sind, hat niemals einen Pass besessen, ein Teil der politischen Flüchtlinge hat in der Zeit der Revolution einen Pass besessen, aber einen Teil der politischen Flüchtlinge wird aller Voraussicht nach der Pass nicht unter die bisherige internationale Regelung. Für sie wird der neue Völkerbundkommissar für die deutschen Flüchtlinge, nämlich Herr Neuland, herbeiführen müssen. Die Gewährung des Rautenpasses ist mit vielen Hindernissen verbunden und noch unklar, ob es ein Visa dafür zu erhalten. Die Schaffung einer Art „Innenpass“ muß auch wegen der Konsequenzen vermieden werden. Darum bleibt nur die Gewährung von einheitlichen Fremdenpässen als der beste Ausweg, auch an die deutschen Flüchtlinge. Die deutsche Staatsangehörigkeit nach Krieges Ende haben politische Flüchtlinge aber ihn von den deutschen Behörden nicht bekommen können. Der Kommissar hat die Flüchtlinge, die nicht einen Pass besaßen, in einem Buche die Anzahl der Flüchtlinge, die einen Pass besaßen, aufgeführt. Die Flüchtlinge hatten, daß er auch in diesem Buche die Anzahl der Flüchtlinge, die einen Pass besaßen, aufgeführt.

„Wenn ein Jude dich anspricht“ dann strömt dir völkisches Blut ins Gesicht

Die „Völkischer Zeitung“ veröffentlicht einen Bericht über eine Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront. Der Hauptredner, der Kreisleitungsleiter Robert K. stellt als Hauptredner die Frage, wer eigentlich ein Nationalsozialist ist. Er beantwortete die Frage wie folgt: Nationalsozialist ist er, der allein der, der den Weg gefunden hat und noch dem Weg handelt, der da lautet: Wir sind alle miteinander auf Tod und Leben verbunden. Wirklich aber ist der, dem das Blut ins Gesicht strömt in dem Augenblick, wo ein Jude es wagt, ihn auf der Straße anzusprechen.“

Deutsche Erzieherfront gebildet

Schemm führt sie

Im Reichsministerium des Innern, beim Leiter der PO., Dr. Robert Ley, und in der Reichskanzlei wurde, wie der „Völkische Beobachter“ meldet gestern nachstehende Verfügung vom Reichsminister des Innern Dr. Frick, Dr. Ley, dem Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt und dem Reichsleiter des NSLB., Staatsminister Schemm, unterzeichnet:

1. Im Hinblick auf den NSLB. und die gegenwärtigen organisatorischen Maßnahmen verfügt das Reichsministerium des Innern, daß ein Wiederaufleben alter aufgelöster oder in Auflösung befindlicher Verbände absolut verboten ist. Letztere sind in den Fachschaften des NSLB. aufgliedert und üben dort ihre Facharbeit aus.

2. Der NSLB. stellt im Hinblick auf Politik und Weltanschauung die große Erzieherfront analog der Bauernfront, analog der Arbeiterfront unter der Führung des Reichsleiters Schemm als selbständiges Amt der Politischen Organisation dar.

3. Der NSLB. ist im Hinblick auf seine Fachschaften vom Kindergarten über Volksschule, höhere Schule und Hochschule, einschließlich aller Fach- und Arbeitsgebiete die auf Erziehung bezügliche fachliche Organisation der NSDAP.

Die Erzieher-Soldaten aller Schulen, von der Kleinkinderbewahranstalt an bis zur Universität, unterstehen nach dem Beispiel anderer „Stände“ einem einzigen Führer-General. Das überrascht nicht mehr. Neugierig macht nur die Persönlichkeit des mit solch ungeheuren Machtbefugnissen ausgerüsteten bayrischen Kultusministers Schemm, in dessen Hände sich die pädagogischen Prinzipien des „dritten Reichs“ konzentrieren.

„Erziehungsfeldwebel“

Über diesen besagten Herrn Schemm schreibt uns ein reichsdeutscher Lehrer:

Schemm war kleiner Dorfschulmeister. Nach dem Kriege stand er der USP. nahe. (Im Kriege hatte er sich mit Erfolg gedrückt und es nur zum Lazarettangestellten gebracht.) Als dann Hitler in Bayern groß wurde, stieß Schemm zu ihm. Etliche Jahre später gründete Schemm die „Nationalsozialistische Lehrerzeitung“ und ihren Verlag, ein Blatt, das dauernd mit der deutschen Sprache Krieg führte, das ein Hohn war auf deutsches Kulturleben. Er schrieb dann einige Broschüren, in denen er sich als Fälscher betätigte. Er „sitierte“ z. B. Schriften des Schulreformers Kurt Löwenstein, indem er die Zitate erfand oder Sätze willkürlich änderte und „auslegte“. Eine Reihe von deutschen Lehrerzeitungen nannte ihn darauf regelmäßig den Fälscher Schemm. Er klagte nicht, er rührte sich nicht, er ließ die Hetschriften ruhig weiter verbreiten.

Mit solchem Befähigungsnachweis wurde er nach der „Nationalen Revolution“ Führer aller deutschen Lehrer und Kultusminister von Bayern. Als Gauleiter der NSDAP. gibt er die Tageszeitung „Fränkisches Volk“ heraus mit neun Kopfbildern in ungefähr 350 000 Auflage. Der Verlag gehört ihm. Um einen Spottpreis wurden die sozialistischen Verlagsanstalten Hof, Bayreuth, Regensburg, Würzburg und Bamberg erworben. Die Monatsblätter der verschiedenen Lehrerorganisationen wurden verboten, schließlich alle gleichgeschalteten Lehrer-Verbände überhaupt. Das Zentralorgan des NS-Lehrerbundes, Pflichtbezug für jedes Mitglied, wird von

Schemm herausgegeben; Auflage 400 000 Exemplare wöchentlich. Im Einverständnis mit dem „Führer“ gibt er derzeit eine Schülerzeitung für ganz Deutschland heraus, Auflage 6 Millionen Exemplare. Druck, Verlag und Redaktion: Schemm-Bayreuth. Nebenher geht ein Buchverlag, der jede Woche ein bis zwei Neuerscheinungen auf den Markt bringt. Alle Schulen müssen werben für Schemms Geschäfte. Schülerzeitungen, die natürlich auch gut nationalsozialistisch sind, aber von anderen Verlegern kommen, werden an der Verbreitung gehindert. Eine Selbstverständlichkeit war schließlich die Angliederung eines Drucksachenverlages — obligatorischer Bezug für alle Behörden Nordbayerns.

Der einfache SA-Mann Schemm ist Besitzer von drei wundervollen Mercedes-Wagen. Mit einem kam er auf den Internationalen Lehrerkongreß in Santander. Dort passierte ihm allerdings ein Malheur. Die Deutschen wurden nicht zugelassen. Der Franzose Delmas erklärte wörtlich: „Wir setzen uns nicht neben Henkersknechte!“ Schemm ging aber nicht nach solcher Freundlichkeit. Erst als ein Oesterreicher gegen die Nazis gesprochen hatte, verließen die Deutschen, Schemm, der als „berufener Vertreter“ dort hatte reden wollen, an der Spitze, in strenger Rangordnung, im Stochschritt den Saal. Die Delegierten zählten lachend und klatschend: eins, zwei! „Erziehungsfeldwebel!“ wurde ihnen nachgerufen. Aber das konnte natürlich nur in dem durch Greueltaten verblendeten Auslande geschehen. In Deutschland muß alles Heil rufen, wenn der leicht Schwachsinnige vorfährt. Im übrigen kann er es sich leisten, viele zu bestechen; denn ihm hat das „dritte Reich“ schon manche Million eingebracht.

Ich schließe mit einer klassisch schönen Formulierung des Ministers für geistige Unterernährung in Bayern:

„So stiegen im Laufe der Geschichte unseres Volkes aus ihm tausend Sehnsüchte und Wünsche auf und wurden Männer und Frauen: Siegfried, Friedrich der Große, Königin Luise, Stein, Wagner, Mozart usw. Sie wären alle nicht gekommen, wenn das deutsche Volk diese Menschen nicht ersehnt hätte. Und so sehnte und dachte unser Volk auch in den letzten zehn Jahren, und so wurde aus diesen Wünschen und Sehnsüchten auch ein Mensch — unser Führer.“

Wahrlich, das war der schönste Gedanke, den je unser Volk gedacht hat: Adolf Hitler! Er mußte kommen und ist gekommen.“

Und Schemm, der Erziehungsfeldwebel, war einer der Geburtshelfer, die eines der schönsten Honorare einstecken, die Nazi-Deutschland zu vergeben hat.

Abbau der Koedukation

Das sächsische Gesamtministerium hat die bisherigen Bestimmungen über die Gemeinschaftserziehung an höheren Schulen aufgehoben. In einer Verordnung des Volksbildungsministers heißt es, daß Mädchen grundsätzlich nur noch Mädchenbildungsanstalten besuchen dürfen. Nur in Ausnahmefällen können Mädchen noch Knabenanstalten besuchen. Ein solcher Ausnahmefall liege vor, wenn eine Mädchenbildungsanstalt im Orte nicht vorhanden ist. Mädchen, die bereits eine höhere Knabenschule besuchen, dürfen darin bleiben, sollen aber möglichst in Mädchenklassen zusammengefaßt werden.

„Hamburger Lehrerzeitung“ Nr. 43/1933.

Kleiner Irrtum

Die eine Stelle weiß von der andern nichts

Richtlinien des Thüringischen Volksbildungs-Ministeriums über die öffentl. Büchereien:

„Ebenso sind natürlich auszuschalten die Erzeugnisse, die der Propaganda des Klassenkampfes, des Pazifismus, der antireligiösen, antikirchlichen Bewegung oder einer pan-europäisch-weltbürgerlich eingestellten Geistigkeit dienen. Bei der wissenschaftlichen Literatur ist auszuschalten: Die gesamte marxistische und die pazifistisch-antimilitaristische Literatur, alle Darstellungen, die noch auf dem Boden eines weltanschaulich überwundenen Vulgär-Darwinismus stehen, ferner die im naturwissenschaftlichen oder naturphilosophischen Gewand auftretende antireligiöse und antikirchliche Aufklärungsliteratur. Die Veröffentlichungen der Vertreter der marxistischen Pädagogik, der radikalen Reformpädagogik, der Freudschen Psychoanalyse und einer hemmungslosen Sexualpädagogik.“

Amtliche Meldung aus Berlin:

Die englische Telegraphenagentur Reuter hat vor einiger Zeit eine Meldung verbreitet, wonach in Deutschland alle mögliche Literatur, darunter Werke über Pazifismus und die Freudschen Theorien wie auch alle Bücher über Darwinismus verboten seien. Offensichtlich geht diese Meldung auf einige Berichte zurück, in denen von der Wandlung des Geschmacks bei den deutschen Lesern berichtet wurde, während früher Bücher über Pazifismus und die Freudsche Psychoanalyse und ähnliche Gebiete außerordentlich viel verlangt wurden, ist neuerdings das Interesse auf andere Gebiete verlagert. Infolgedessen sind die Bücher aus den genannten Gebieten von den Läden der Buchhändler verschwunden. Es erübrigt sich eigentlich nach dem Gesagten, nochmals ausdrücklich festzustellen, daß diese Meldung des Reuterbüros jeder Grundlage entbehrt.“

Es ist also nicht wahr, daß Darwin, Freud und die Pazifisten verboten sind. Sie sind nur „ausgeschaltet“ und zugunsten anderer Schriftsteller „verlagert“.

Der Berliner Offiziöser sollte wissen, was in Thüringen amtlich geschieht, ehe er Dementis losläßt. Das Propagandaministerium kann sich nachher den Schaden besorgen.

Die Ausrottung

Rust hat verfügt,

„daß bis auf Widerruf die Kataloge für die Volksbüchereien einer besonderen Genehmigung bedürfen. Die Genehmigung wird durch einen Sonderausschuß erteilt, der vor allem bei der aktuellen politischen und weltanschaulichen Literatur zu prüfen hat, ob die einzelnen Bücher es sachlich wert sind, für den nationalsozialistischen Aufbau zu Hilfe genommen zu werden. Der eingesetzte Sonderausschuß besteht aus praktischen Volksbibliothekaren und einem Vertreter des Kultusministeriums. Er hat neben der Prüfung der Kataloge die Aufgabe, eine Grundliste derjenigen Bücher herzustellen, die in jeder Volksbücherei zu führen sind.“

Und das für die Schulen

Das erste Verzeichnis für die neuen Schulbüchereien

Das preußische Kultusministerium hat ein erstes Verzeichnis der für die Hereinnahme in Schulbüchereien geeigneten Werke des vaterländischen Schrifttums bekanntgegeben. Es handelt sich dabei um über fünfzig einzelne Schriften, an deren Spitze Adolf Hitlers „Mein Kampf“ und Alfred Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ stehen. Ferner finden sich auf der Liste Hans Zöberleins „Glaube an Deutschland“, das „Kriegserleben von Verdun bis zum Umsturz“, Spektators „Deutschlands Erwachen“, Wolfgang von Gronaus „Im Grünlandswal“ und Franz von Papens „Appell an das deutsche Gewissen“ (Reden zur nationalen Revolution). Außerdem sollen die Schulen u. a. Adolf Hitlers Rede über Frieden und Sicherheit im Reichstag am 17. Mai, ferner des Reichsinnenministers Frick Ansprache „Erziehung zum lebendigen Volk“ und des Ministerpräsidenten Görings große Rede im preußischen Landtag am 18. Mai 1933 „Der Geist des neuen Staates“ in ihren Büchereien führen. Dr. Dietrichs Buch „Mit Hitler in die Macht“ wurde aufgenommen. Von den übrigen Autoren seien erwähnt Reichspräsident von Hindenburg (Aus meinem Leben), Reichsbankpräsident Dr. Schaacht, Werner Beumelburg, Moeller van den Bruck.

Der Businessman

Kleines, abgehegtes Wichtchen,
Warum tust du nur so groß?
Hier ein Pflichtchen, da ein Pflichtchen,
Und dazwischen ein Geschichtchen;
Deshalb ist der Teufel los?

Zehn Geschäftchen, ein Pläsierchen;
Damit füllst du deinen Tag?
Hier ein Lüstchen, da ein Gierchen,
Und vor allem — die Papierchen!
Das ist alles, Wichtchen, sag?

Dafür haben deine Ahnen
Qualvoll sich den Weg geschanz?
Dafür haben die Titanen
Ihres Glaubens Siegesfahnen
Auf dem Erdball aufgepflanzt?

Dafür haben sie gerungen
Mit erhabner Leidenschaft
Und sich aus den Niederungen
Zur Erkenntnis aufgeschwungen,
Voll von Gottes Schöpferkraft?

Ach, du kannst Maschinen machen?
Und die Seele? — Kinderei?
Höre! Deine Wundersachen
Werden bald zusammenkrachen;
Und dann kommt — die Barbarei!

Denn du bist trotz der Lackierung
Innerlich ein Erzbarbar;
Trotz der Intellekt-Maskierung
Auf dem Wege zur Vertierung.
Du bist die Kulturgefahr!

Liberator

Prozeß gegen einen Intendanten

... warum er freigelassen wurde

Vor der Großen Strafkammer des Altonaer Landgerichts hatte sich der ehemalige Intendant des Altonaer Stadttheaters, Friedrich Fischer, unter der Anklage fortgesetzten Betrugs und der Untreue zum Schaden des Theaters und der Stadt zu verantworten. Die Verhandlung nahm einen überraschenden Verlauf. Der Angeklagte bestritt die Unzulässigkeit der ihm zur Last gelegten Entnahmen für Vorschüsse, Abfindungen, Reisen und anderes. Auch der Verwaltungsdirektor des Theaters gab als Zeuge an, daß die verantwortlichen Stellen der Stadt, der zuständige Senator Kirch und Oberbürgermeister Brauer, über die Vorschüsse orientiert gewesen seien. Senator Kirch, der bekanntlich in einem anderen Altonaer Theaterprozeß um den früheren Direktor des Schiller-Theaters wegen schwerer passiver Bestechung im Amt zu 7 Jahr 7 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war, verweigerte bei den wesentlichen Fragen die Zeugen aussage. Der Staatsanwalt beantragte darauf, auf dem Wege der Rechtshilfe den ehemaligen Oberbürgermeister Brauer vernemen zu lassen, der sich in Shanghai aufhalten soll. Dem Antrag wurde entsprochen und die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Haftbefehl gegen den Intendanten Fischer wurde auf Antrag der Verteidigung im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft aufgehoben. Als Sachverständiger hatte in seiner Eigenschaft als Mitglied des Preußischen Theaterausschusses Intendant a. D. Leutheiser bekundet, daß aus den früheren Spielplänen Fischers von 229 Stücken nur 9 abgelehnt werden mußten, weil sie den Ansprüchen des heutigen Staates nicht entsprächen. Die übrigen Stücke seien herragend und lägen durchaus im nationalsozialistischen Sinne.

Uns interessieren vor allem die Schlusssätze dieses Berichts aus der „Frankfurter Zeitung“. Plötzlich wurde der Haftbefehl gegen den unter einer kriminellen Beschuldigung stehenden Intendanten aufgehoben. Warum? Weil er sich früher als Theaterleiter durchaus „national“ bewährt und ein reichlich assortiertes Lager von Theaterstücken im nationalsozialistischen Sinne in Vorschlag gebracht habe.

Dann allerdings ... Dann erscheinen Betrug und Untreue in neuem Lichte. Dieser Fischer wird von dem feuchten Weibe Justiz nicht ins Wasser gezogen werden.

„Auch“ Luther

aber Hitler ist größer

Luther und Hitler werden von dem Universitätsprofessor Theo Sommerlad miteinander verglichen. Der Sommerlad zieht „eine überraschend zutreffende Parallele zwischen dem deutschen Sozialismus, den einst Luther gestaltet hat, und der, wiederum von einem deutschen Volksmann, unserem Kanzler Adolf Hitler, heraufgeführten nationalen Revolution, als welche auch Luthers Tat anzusprechen ist“, was den Luther hoffentlich nicht großenwahnsinnig macht.

Galeerensklaven

Lerne leiden ohne zu klagen!

Unter dieser netten Überschrift kanzelt das Leipziger Naziorgan, die „Leipziger Tageszeitung“, das ehemalige Weltblatt, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ab, weil sich die „INN.“ gestattet hatten, das Verbot einiger Stahlhelmguppen in Braunschweig als eine „höchst beklagenswerte Verschärfung der Gegenseite“ zu bezeichnen. Wir zitieren aus der höhnischen Antwort des Nasiblattes wörtlich:

„... so wollen wir keinen Zweifel darüber lassen, daß kein bürgerliches Blatt das Recht hat, an irgendeiner Maßnahme einer nationalsozialistischen Regierung auch nur den Schein einer Kritik zu üben...“

Wohlmeinende Ratschläge oder gönnerhafte Hinweise lehnen wir dankend ab und Kritik bürgerlicher Blätter verbitten wir uns!“

Also nicht einmal eine Scheinkritik ist der bürgerlichen Presse erlaubt. Das Schönste an diesem Trauerspiel ist die Überschrift: Lerne leiden ohne zu klagen! Arme Prosekulisi!

Pariser Berichte

Pariser Spaziergang

Die Herren Députés fahren eingemummelt in die Morgenkälte nach Hause. Es friert, daß die Seen im Bois de Boulogne knacken und auf dem Kanal von Versailles alles am Tage von Schlittschuhläufern schimmert. Und in den Vogesen sind gar 15 Grad unter Null. Ausgerechnet in solcher Frostnacht einem Ministerium, das wie in schöner Sommerzeit Chautemps heißt, das Gleichgewicht herstellen, das ist eine böse Schaufelarbeit.

50 Franken Steuern schluckt der Hektoliter Benzin aller Arten, und in diesem Citroen- und Renault-Lande mit dem ebenso gewaltigen Autopark wie einer entwickelten Autoindustrie mit Tausenden von Arbeitern, bedeutet das allerhand. Werden nun aber die vielen Taxis, die abends in Scharen sirenenhaft um einsam oder zweisam Wandernde kreisen, ihre Fahrten verteuern? Vermutlich nicht, denn Flüssigkeit mit höchstens 30 Prozent Alkohol für Motorpflüge, Transportwagen und Taxis bleiben frei. Wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß „man“ abends nach Torschlößchen einen Preis mit dem Taxenmann „fixen“ kann, der wesentlich unter dem der Uhr liegt.

Bitter trifft insbesondere den Franzosen die neue Belastung des Apéritifs. Der Mittagsschlößchen und die Apéritifstunde mit dem Vermouth oder sonstwas à l'eau, das ist so ziemlich das Heiligste, was das gallische Herz nebst Magen treffen kann. Gibt es doch eine ganze Apotheke der Schnäpse, grün, rot, weiß, Pernod und Myrthe und Dubonnet Citron und wie sie sonst heißen, die der Deutsche nie ganz begreifen kann. Dafür war er wohl auch zu lange dem ostpreussischen Junker-Fusel ausgesetzt, der an vielem von dem ganzen Elend schuld ist.

Im allgemeinen ist das Leben in Paris ja im Verhältnis zu Berlin, Leipzig oder Hamburg billig. Man fährt wohlfeiler Métro und Omnibus, die Mieten sind nicht so teuer, die

Tél. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten, b) Chirurgie, c) Geburtshilfliche Klinik, d) Zahnärztliches Kabinett
Innere Medizin, Augen, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blau-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten, Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude, Vierstüdiges Gebäude, Zimmer klein, mittel und groß, 3 Anzette, 3 Heilbäder, Die allermodernste Einrichtung, 10 Betten, 3 Anzette, 3 Heilbäder, 2 Operationssäle, Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Frauen finden Blusen, Kleider und Wäsche, die ihr Entzücken durch Aussehen und „soede“-Preis hervorrufen, nur die Lebensmittelpreise sind leider erheblich. Es stimmt nicht fröhlich, daß der Präfekt nach den Beschlüssen der berühmten Nachsichtigung nun neu auf Fleisch, Fisch, Gemüse und Früchte draufhauen kann, — aber Paris als Weltstadt wird ja da hoffentlich eine Sonderregelung erreichen.

Eine andere Bestimmung, daß die ausländischen Arbeiter in allen Orten, wo in ihrem Berufe französische Arbeitslose sitzen, eine Sondersteuer zahlen müssen, erscheint uns im Zeichen der Krise begreiflich. Nur „leider“ trifft die Bestimmung die deutschen Emigranten; die gerne diese Sonderfranken hinlegen möchten, noch nicht, weil bisher nur ganz wenige Spezialarbeiter in die französische Wirtschaft eingingen. Dagegen mehren sich die Fälle, in denen Deutsche einen eigenen Laden aufmachen. Es gibt heute schon nicht-gleichgeschaltete Fabriken verschiedener Waren, Pelzhändler, Bäckerläden mit „richtigen“ Brötchen und Graubrot, Metzgereien mit Frankfurter Dialekt und westfälischen Produkten, und Zeitungen gibt es auch genug. Bloß die Siedlung kommt nicht recht vorwärts — schade, daß insbesondere auch für die im Matteotti-Comité vertretenen Facharbeiter noch immer kein Boden da ist im internationalen Verteidigungsplan. Im übrigen hilf Dir selbst — während die Literaten am Braséro klug redeten, handelte nicht jener Kunstdoktor geschweiger, der akademischer Hausknecht in einer Kunstanstalt wurde?

Und nun — immer näher rückt Weihnachten, das erste Weihnachten der Emigration. Bei einem Besuch auf dem Weihnachtsmarkt — aber ach, der ist daheim in Bückeburg oder Weilburg oder in Berlin am Alex und draußen am Zickenplatz, hier gibt es gar keinen eigentlichen Weihnachtsmarkt, denn die Geschenke an Concierge, Briefträger und Kinder werden ja erst zu Neujahr verteilt. Uebrigens ist der erste Weihnachtsbaum, unter dem gesungen wurde, im französischen Straßburg errichtet, erst von da an hat sich die Sitte vor etwa zweihundert Jahren Norddeutschland erobert. Der Besucher von Paris kann unschwer feststellen, daß die Franzosen nicht solche Unsummen von Schokolade, Lebkuchen, Puppen und Flittergold einkaufen wie daheim die Deutschen. Auch der Emigrant wird sich dies Jahr bescheiden lernen, wenn von Notre Dame, der Kathedrale aller Kathedralen, die Glocken die Botschaft von dem herauf-rufen, der im Stall unter Hirten als Sohn einer armen Jüdin geboren wurde — und in dessen Namen ein falsches Christentum heute mit schwersten Verbrechen die Welterlösung vergessen machen möchte — —
Baptiste.

Das russische Politische Rote Kreuz

veranstaltet in Paris eine große Silvesterfeier in den Prachtsälen des „Salon Hoche“ (9, Avenue Hoch, Métro Etoile oder Courcelles) Konzert, Ball, Tombola, Büfett. Beginn 21.30 Uhr. Eintrittskarten an der Kasse.

Zwei berühmte Komödiendichter als Hauptdarsteller eines neuen Bühnenwerkes



Links Sacha Guitry und rechts Tristan Bernard
In dem Stück „L'Anarchiste et le Bourreau“ (Der Anarchist und der Henker) von Tristan Bernard spielt der Autor die Rolle des Anarchisten und Sacha Guitry, der berühmte französische Schauspieler und Komödiendichter, die Rolle des Henkers. Es ist das erste Mal, daß Guitry in einem Stück mitspielt, das er nicht selbst geschrieben hat.

Von der Rundreise des Generalsekretärs des Völkerbundes



Generalsekretär Avenol (links) bei dem französischen Außenminister Paul Boncour
Nach dem Vorstoß Italiens in der Völkerbundsfrage und den sich daran schließenden lebhaften internationalen Erörterungen kommt der Reise des Völkerbunds-Generalsekretärs Avenol nach Paris und London besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig wird Avenol mit Henderson, dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Besprechungen über die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen führen.

Millionär für einen Tag



Der Fuhrmann Louis Cornebois, der bei der französischen Kotteriedirektion ein gefälschtes Vos vorlegte und darauf anstandslos eine Million Franc ausgeahlt erhielt, wird zum Verhör transportiert. Der Unglückliche, ein biederer Fuhrmann, der niemals daran gedacht hatte, eine Fälschung vorzunehmen, war dem schlechten Scherz eines Ariseurs zum Opfer gefallen, der das präparierte Vos ihm zum Geschenk gemacht hatte.

Ein köstlicher Witz

Wie das Chemnitzer Naziorgan meldet, ist an einem Feiertag in einem Haus am Humboldtplatz eingebrochen und gestohlen worden. Eine alltägliche Sache! Aber auf die Hilfe rufe des Bestohlenen kamen vom nahen Jahnturnplatz nationalsozialistische Turner und nahmen die Verfolgung auf. Ueber den weiteren Verlauf der Affäre lassen wir das Naziorgan selbst sprechen:

„Die gestohlenen Gegenstände, Schmuckstücken, Geld und ein Voltmeter, konnten den Einbrechern von den Verfolgern abgenommen werden. Während die Schmuckstücken abgeliefert worden sind, hat sich derjenige Verfolger, der dem Einbrecher das Geld und den Voltmeter abgenommen hat, bisher nicht gemeldet und auch die Gegenstände nicht abgeliefert.“

„Hat er nicht? Aber wieso soll er denn auch? Was ein Nazi in der Hand hat, das hält er fest. Das ist sein autes Recht, aufzubaute auf der Moral des neuen Reiches. Wer weiß denn, ob der Bestohlene nicht ein Naxrist war? Und wie sagte doch Graf Helldorf vor Gericht: „Alle Verbrecher sind Naxristen!“

Temperaturwechsel ...

Zum 46. Geburtstag des Stadtschefs Köhm erließ der Bauernführer Walter Darre eine Rundgebung, in welcher es u. a. hieß:

„Vor allem vergesse ich nie und mit mir das deutsche Bauerntum, daß damals trotz des ihn umspühenden Giftes seiner Feinde und sonstiger Judas der Stadtschefs die Zeelengröße aufbrachte, er ist kalt seine Pflicht zu tun und damit letzten Endes unserem Führer die Voraussetzungen für den Durchbruch der nationalen Revolution zu schaffen.“
Was doch für Wunder in Deutschland geschehen ...

Neue Verdienstmöglichkeiten!

Die Polizeiverwaltung von Jittan teilt mit, daß in der Stadt „haarschneidende“ Flugblätter verbreitet worden seien, und fügt hinzu: „Wer Angaben zur Ermittlung der Täter machen kann, wird erlucht, sich in der Polizeiwache zu melden. Strenge Verschwiegenheit und eine angemessene Belohnung wird zugesichert.“
Gitter schafft Brot!

BRIEFKASTEN

N. N. Sie senden uns die illustrierte Beilage des „Niederrheinischen Tageblattes“. Diese „Amliche nationalsozialistische Tageszeitung für die Kreise Harburg, Stade, Bremerförde und Lüneburg“ ist in Bild und Wort der Revancheidee gegen Frankreich gewidmet. Das Blatt wird als „verlorenes unversenktes Land“ angesprochen. — Der Aufsatz schließt:

„Heute können wir nur hoffen, daß auch diesem Lande, unserem Elend-Verbringen, einmal Gerechtigkeit widerfahren wird. Immer daran denken, immer davon sprechen!“

Was in diesem nationalsozialistischen Blatte steht, sind die wahren Gedanken und Absichten Hitlers. Was er den Diplomaten erzählt, ist gelogen.

Für den Belohnungsbeitrag verantwortlich: Johann Pils in Tübingen, für Anzeigen: Otto Kubin in Saarbrücken, Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkshimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.

An- und Verkauf
zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und
REICHSMARK
durch das Bankhaus
Georges Perles & P. Michel
34 RUE LAFFITTE PARIS IX

Dr. Spécialiste
46, rue de Rivoli - Métro Châtelet
RADIKALE HEILUNG VON BLUT, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden. Elektrische, Strahl-, Impuls-, erfahrung. Tropicale, vone. Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen. Spermatur, Salivatur, Wismut usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
W.

Allgemeine Deutsche Poliklinik
18, rue Blanche
Tél. Trinité 44-99
Chefarzt Professor WENSTEN
1) ORDINATION DURCH SP. ZIALISEN in sämtlichen Art Erkrankungen.
2) INNERE Klinik
3) CHIRURGISCHE Klinik
4) GEBURTSILFICHE Klinik
ORDINATION täglich von 1 bis 4 Uhr Sonntags und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

LEHM kaut JEWELN
schöne
Diamanten, Perlen, Silber, Gold
VERKAUF:
Paris, 43, rue Latayette. Expertise

Dame, Französin, distinguiert, deutsch sprechend, gibt **anzwischen** in E te rich nach Methoden Berlitz und andern bewährten Methoden. Anschriften an Madame de Montel, 36, avenue Princes e, Le Vésinet (S.O.)
Werbt für die Deutsche Freiheit!